

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftleiter:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefon: Axel Döbner 4196/4198



Stabschef für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Telefon: Cepation

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Einlegung höchstens 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist. Genehmigung für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 13. April 1932.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Hitlers Privatarmee aufgelöst.

Zur Sicherung der Staatsautorität.

SPD. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA und SS im gesamten Reichsgebiet trägt eine Überschrift, die in kürzester Fassung den Sinn der Auflösungsaktion und zugleich die Begründung dafür gibt. Diese Verordnung dient der "Sicherung der Staatsautorität".

Die Reichsregierung ist der Bildung der Privatarmee des Herrn Hitler gegenüber ausserordentlich lange mit Duldsamkeit verfahren, auch dann noch, als die Formationen dieser Armee sich polizeiliche und militärische Gewalt anmassen und die Bevölkerung terrorisierten. Die schon traditionelle Langmut republikanischer Behörden gegenüber den braunen Gewalthaufen hat bei den Führern dieser Privatarmee das Gefühl erzeugt, dass sie der verfassungsmässigen Staatsgewalt gegenüber treten könnten wie Macht zu Macht, politische Organisation gegen Staatsorganisation, Privatarmee gegen Staatsheer. Dieser Zustand bedeutete eine Gefährdung der Staatsautorität und des inneren Friedens. Er musste auf die Dauer Zerrüttung der Rechtssicherheit und Anarchie im Gefolge haben.

Wäre dieser Zustand länger geduldet worden, so wären entsprechende Gegen Gründungen gegen die Privatarmee des Herrn Hitler kaum zu vermeiden gewesen! Die politischen Kräfte, gegen die die Privatarmee des Herrn Hitler sich in erster Linie feindselig wandte, haben bisher von solchen Gegen Gründungen abgesehen. Organisationen, wie beispielsweise das Reichsbanner, können in keiner Weise auf eine Stufe mit der Armee Hitlers gestellt werden. Sie haben weder ein Offizierskorps noch Kasernen, noch eine unbedingte Befehlsgebundenheit, keine Waffen und kein militärisches Gerät wie die militärischen Formationen des Herrn Hitler. Die SA und SS jedoch besitzen ein geschlossenes Offizierskorps, Kasernen und Feldzeugmeistereien, Waffen und Feldgerät. Das Reichsbanner hat keine Kompagnien, Bataillone, Regimenter, Divisionen und Armeekorps, wie die Braune Armee des Herrn Hitler. Es schießt nicht mit Maschinengewehren und blinkt nicht mit Feldgerät, es sucht keine Leute, die mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind.

Die NSDAP jedoch hat sich einen regelrechten Militärapparat und eine Armee neben der Partei geschaffen. Wäre dies geduldet worden, so wären andere grosse Parteien ähnlich verfahren. So hätten sich in kurzer Frist in Deutschland mehrere Privatarmeen gegenübergestellt. Ein Landsknechtsunwesen schlimmster Art hätte das Volk zerrissen und die staatliche Ordnung verwildert.

Die Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler war notwendig, um im Rahmen der Verfassung die Gleichberechtigung aller anderen Parteien gegenüber der NSDAP sicherzustellen. Beim Verbot der SA handelt es sich nicht um eine Einschränkung legaler Betätigung und Werbekraft der NSDAP. Grosse politische Parteien, wie diese Partei es ist, möge sie auch noch so sehr auf geistiger Verwirrung und Verwilderung des politischen Denkens beruhen, müssen mit geistigen Gegenmitteln bekämpft werden, das ist der Sinn der Demokratie. Aber der

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Telefon: Hans Döbner 4196/4198



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 21 61, Delft-Alliance-Platz 5
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund bester Kenntnis erfolgt. Haftung übersteht 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt. Verantwortlich für beide Seiten Berlin.

Berlin, den 13. April 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Hitlers Privatarmee aufgelöst.

Zur Sicherung der Staatsautorität.

SPD. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung der SA und SS im gesamten Reichsgebiet trägt eine Überschrift, die in kürzester Fassung den Sinn der Auflösungsaktion und zugleich die Begründung dafür gibt. Diese Verordnung dient der "Sicherung der Staatsautorität".

Die Reichsregierung ist der Bildung der Privatarmee des Herrn Hitler gegenüber ausserordentlich lange mit Duldsamkeit verfahren, auch dann noch, als die Formationen dieser Armee sich polizeiliche und militärische Gewalt anmassen und die Bevölkerung terrorisierten. Die schon traditionelle Langmut republikanischer Behörden gegenüber den braunen Gewalthaufen hat bei den Führern dieser Privatarmee das Gefühl erzeugt, dass sie der verfassungsmässigen Staatsgewalt gegenübertreten könnten wie Macht zu Macht, politische Organisation gegen Staatsorganisation, Privatarmee gegen Staatsheer. Dieser Zustand bedeutete eine Gefährdung der Staatsautorität und des inneren Friedens. Er musste auf die Dauer Zerrüttung der Rechtssicherheit und Anarchie im Gefolge haben.

Wäre dieser Zustand länger geduldet worden, so wären entsprechende Gegen Gründungen gegen die Privatarmee des Herrn Hitler kaum zu vermeiden gewesen! Die politischen Kräfte, gegen die die Privatarmee des Herrn Hitler sich in erster Linie feindselig wandte, haben bisher von solchen Gegen Gründungen abgesehen. Organisationen, wie beispielsweise das Reichsbanner, können in keiner Weise auf eine Stufe mit der Armee Hitlers gestellt werden. Sie haben weder ein Offizierskorps noch Kasernen, noch eine unbedingte Befehlsgebundenheit, keine Waffen und kein militärisches Gerät wie die militärischen Formationen des Herrn Hitler. Die SA und SS jedoch besitzen ein geschlossenes Offizierskorps, Kasernen und Feldzeugmeistereien, Waffen und Feldgerät. Das Reichsbanner hat keine Kompagnien, Bataillone, Regimente, Divisionen und Armeekorps, wie die Braune Armee des Herrn Hitler. Es schießt nicht mit Maschinengewehren und blinkt nicht mit Feldgerät, es sucht keine Leute, die mit der Fliegerwaffe ausgebildet sind.

Die NSDAP jedoch hat sich einen regelrechten Militärapparat und eine Armée neben der Partei geschaffen. Wäre dies geduldet worden, so wären andere grosse Parteien ähnlich verfahren. So hätten sich in kurzer Frist in Deutschland mehrere Privatarmeen gegenübergestellt. Ein Landsknechtsunwesen schlimmster Art hätte das Volk zerrissen und die staatliche Ordnung verwildert.

Die Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler war notwendig, um im Rahmen der Verfassung die Gleichberechtigung aller anderen Parteien gegenüber der NSDAP sicherzustellen. Beim Verbot der SA handelt es sich nicht um eine Einschränkung legaler Betätigung und Werbekraft der NSDAP. Grosse politische Parteien, wie diese Partei es ist, möge sie auch noch so sehr auf geistiger Verwirrung und Verwilderung des politischen Denkens beruhen, müssen mit geistigen Gegenmitteln bekämpft werden, das ist der Sinn der Demokratie. Aber der

Sinn der Demokratie ist es auch, dass die Gewaltmittel, die diese Partei sich zugelegt hat, zerschlagen werden, dass ihr die Möglichkeit genommen wird, mit Gewalt und mit Anmassung militärischer und polizeilicher Gewalt die Bevölkerung und andere Parteien zu terrorisieren! Die Verordnung des Reichspräsidenten ist daher keine Unterdrückungsmassnahme, sondern Schutz vor Unterdrückung der Bevölkerung durch eine Privatarmee, Sie ist eine Befreiung vom Terror der braunen Gewalthaufen.

Alle Versuche, diese Massnahmen als ein wahlpolitisches Manöver hinzustellen, gehen deshalb fehl. Parteien der Rechten unternehmen den Versuch, die Verordnung des Reichspräsidenten in dieser Weise auszudeuten. Diese Ausdeutungsversuche sind nichts als ein übles Wahlmanöver. Bei politisch denkenden Menschen wird weder der Reichspräsident noch der Reichsinnenminister Groener in den Verdacht geraten, ein Wahlmanöver für die Preussenwahlen zugunsten der Sozialdemokratie unternommen zu haben! Bei der Ergreifung dieser Massnahmen hat es sich nicht darum gehandelt, Erwägungen darüber anzustellen, welche propagandistische Wirkungen das Verbot der SA für die NSDAP haben würde noch darüber, ob aus wahlpolitischen Gründen ein solches Verbot opportun sei. Es hat sich dabei nicht um eine Opportunitätsfrage, sondern um ein Prinzip gehandelt, um das Prinzip der Sicherung der Staatsautorität.

Für die republikanische Bevölkerung mancher Gebiete im Reich, so namentlich in Braunschweig, bedeutet die Verordnung eine Befreiung von unerträglich gewordenem Terror und die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände. In diesen Gegenden wird man aufatmen, aber das Reich wird auch darüber wachen müssen dass dort die Verordnung durchgeführt wird!

Welche Wirkung das Verbot auf die NSDAP selbst haben wird, ist eine innere Angelegenheit dieser Partei. Der Erlass der Verordnung ist der NSDAP wie der SA seit Tagen bekannt. Man hört, dass in der Braunen Armee bereits heftige Verwünschungen gegen den Osaf Hitler ausgestossen werden, dass man ihn des Verrats beschuldigt und ihm vorwirft, keinen Widerstand gegen das Verbot geleistet zu haben. Die Landsknechte rebellieren gegen den, der sie gerufen hat, der sie mit geschwollenen Erklärungen gefüttert hat, weil im Augenblick, wo der Staat seine Autorität sichert, die geschwollenen Phrasen zersplatzen. Diese Rebellion der Landsknechte ist für den Landknechtsführer verdientes Geschick!

SPD. Köln, 13. April (Eig. Drahtb.)

In der nationalsozialistischen Bewegung des Rheinlands scheint ein grosser Krach im Anzuge zu sein.

Der bisherige Jugendführer der rheinischen Nationalsozialisten, Kayser-Köln, ist, wie er in einer Erklärung mitteilt, aus der NSDAP ausgetreten. Er begründet diesen Schritt damit, dass ihn die Bonzenwirtschaft und die allgemeine Korruption in der NSDAP angewidert habe. Er habe mit ansehen müssen; dass alle Versuche, den Gedanken des nationalen Sozialismus vor einer Verfälschung zu bewahren, vergeblich gewesen seien.

Die Parteileitung der Nazis versucht ihre Verlegenheit über diesen Schritt Kayzers dadurch zu verdecken, dass sie bekannt gibt, Kayser sei ausgeschlossen worden. Kayser, bisher täglich als echter Nazi-Mann gefeiert, wird jetzt auf einmal als ein Mann geschildert, dessen praktische Haltung im schroffsten Widerspruch zum Wesen des Nationalsozialismus stehe. Aber Kayser war bis jetzt nicht nur Gauführer der Hitler-Jugend für den Gaz Köln-Aachen, sondern auch Gebietsführer der Hitler-Jugend für ganz Nordwestdeutschland und Reichsredner der Nationalsozialistischen Partei. Auch im Präsidentenschaftswahlkampf ist er in grossen Wahlversammlungen als nationalsozialistischer Redner hervorgetreten. Vor wenigen Wochen erst sprach er in Köln zusammen mit dem braunschweigischen Minister Klagges in der Grossen Messerhalle. Er

war es, der unter dem Jubel seiner Parteigenossen und der nationalsozialistischen Presse in dieser Versammlung Hindenburg aufforderte, zurückzutreten und einem deutschen Manne Platz zu machen.

Es wird hier erwartet, dass der Schritt Kaysers weitere Kreise zieht. Augenblicklich herrscht insbesondere innerhalb der Kölner SA eine starke Erregung über eine Veröffentlichung, nach der der Kölner SA-Führer monatlich nicht weniger als 2400 Mark Gehalt bezieht.

SPD. In Berlin wurden sofort nach der Bekanntgabe der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität sämtliche 27 Heime der SA polizeilich besetzt, durchsucht und dann geschlossen. Von der Polizeiaktion wurden zugleich etwa 200 Befehlsstellen der SA- und SS-Truppen erfasst.

SPD. München, 13. April (Eig. Drahtb.)

Das Verbot der SA und SS wird in Bayern mit der grössten Genugtuung begrüsst. Das offiziöse Organ der bayerischen Regierung, die "Bayerische Volkspartei-Korrespondenz", schreibt dazu:

"Das Verbot und die Auflösung der nationalsozialistischen Parteiarmee im ganzen Reichsgebiet durch die Reichsgewalt war ein dringendes Gebot der staatlichen Selbsterhaltung. Längst haben die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln mit ihrer ausgesprochen militärischen Organisation und Gliederung einen Charakter angenommen, der sich mit dem Wesen eines Ordnungs- und Rechtsstaates unmöglich verträgt. Die Handhabe zu einem Eingreifen war also in grundsätzlicher Beziehung schon längst gegeben und es hätte der Vorkommnisse der letzten Zeit wahrlich nicht erst bedurft, die die Reichsregierung und den Reichspräsidenten zu ihrem jetzigen Entschluss veranlasst haben. Denn es handelt sich um die militärische Organisation einer Partei, die nach einer Beseitigung der bestehenden Staatsordnung trachtet und deshalb als revolutionär und staatsfeindlich anzusprechen ist. Die rein taktischen Bedürfnissen entsprechenden Legalitätsbeteuerungen des obersten Führers der SA und SS können an dieser Tatsache nichts ändern."

SPD. Bochum, 13. April (Eig. Drahtb.)

Im Bereich des Polizeipräsidioms Bochum wurden sofort nach der Bekanntgabe des SA- und SS-Verbotese, wie in anderen Städten des Ruhrgebietes, in über 100 SA- und SS-Stellen Haussuchungen vorgenommen. Die Aktion blieb jedoch ohne das Ergebnis, da alles Material bis auf das letzte Stück Papier bereits vorher beseitigt worden war.

+ + +

Die Beseitigung sämtlicher Akten aus den SA- und SS-Befehlsstellen zeigt, dass die NSDAP von dem Verbot rechtzeitig unterrichtet worden ist. Tatsächlich soll die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität nach zuverlässigen Mitteilungen bereits am Dienstag-Abend im Braunen Haus in München im Wortlaut bekannt gewesen sein. Ein Beweis, dass selbst die höchsten Amtsstellen nicht frei von verräterischen Nazi-Subjekten sind. Von dem Geld der Republik werden diese Subjekte bezahlt. Ihre Dienste aber leisten sie in erster Linie den Scharlatanen und Demagogen um Hitler, weil sie glauben, eines Tages durch diese Gesellschaft besondere Karriere machen zu können.

Der Verrat der Notverordnung des Reichspräsidenten an das Braune Haus in München ist ein neuer, treffender Beweis dafür, dass es mit der Zurückhaltung der Reichsregierung gegenüber dem Nazi-Beamtentum nunmehr ebenfalls endlich ein Ende haben muss.

SPD. Braunschweig, 13. April (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat neuerdings auch vom Reichsgericht eine Abfuhr erhalten, die er sich sicherlich merken wird.

Am 16. März wurde der braunschweigische "Volksfreund" von Klagges auf 4 Wochen verboten. Dieses Verbot wurde seinerzeit auf Grund einer Beschwerde des Volksfreund-Verlages vom Reichsinnenminister aufgehoben. Das Reichsgericht hat diese Aufhebung bestätigt und zur Zahlung der Kosten des Verfahrens den Braunschweigischen Staat verurteilt.

Klagges hatte das Verbot des "Volksfreund" wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgesprochen, die er in folgendem Satz eines vom Braunschweiger "Volksfreund" veröffentlichten Artikels erblickt: "Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterschaft und der republikanischen Verbände so zu stärken, dass es im Ernstfalle gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Machtmittel niederzuknüppeln."

Dazu bemerkt das Reichsgericht in seiner jetzt schriftlich vorliegenden Verfügung: "Der Auffassung des Herrn Klagges kann nicht beigetreten werden. Der beanstandete Satz darf nicht für sich allein betrachtet, sondern muss in dem Zusammenhang gewürdigt werden, in dem er steht. Der letzte Absatz des Artikels lautet: "Noch ist die Aufgabe der Eisernen Front keineswegs gelöst. Es wird alles darauf ankommen, die neuen Formationen der deutschen Arbeiterschaft und der republikanischen Verbände so zu stärken, dass es im Ernstfalle gelingt, die Rebellen gegen Staat und Ordnung auch ohne den gleichzeitigen Einsatz der staatlichen Machtmittel niederzuknüppeln. Wir Republikaner wollen nicht, dass der Kampf zweier Systeme auf der Strasse entschieden wird, aber niemand kann uns verwehren, zu dem gleichen Mittel zu greifen, wenn die machtpolitische Führung des Staates versagt und die Gegner der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich anschicken, eine gewaltsame Entscheidung herbeizuführen."

In diesem Zusammenhang kann der beanstandete Satz nur dahin ausgelegt werden, dass die Eisernen Front erst dann in Aktion zu treten beabsichtigt, wenn "der Ernstfall eintritt, d. h. wenn die politische Führung des Staates versagt und die Rebellen gegen Staat und Ordnung eine gewaltsame Entscheidung herbeiführen wollen." Die Aktion der Eisernen Front soll also durch Ereignisse bedingt sein, von denen es fraglich ist, ob sie in der Zukunft eintreten. Eine sofortige Massnahme gegen den politischen Gegner wird nicht in Aussicht genommen. Soweit Vorbereitungen zum Zwecke der Stärkung der Eisernen Front als nötig bezeichnet werden oder soweit solche Vorbereitungen durch den Artikel beim Gegner veranlasst werden, geschieht auch das nach dem Sinne des Artikels nur wegen des etwaigen künftigen "Ernstfalles". Der § 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Verordnung vom 10. August 1931 hat aber nur eine gegenwärtige Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Auge. Schon aus diesem Grunde kann das Verbot nicht als begründet erachtet werden, ganz abgesehen von der Frage, ob in dem Kampf gegen einen den Staat bedrohenden Angreifer und in der Vorbereitung eines solchen Kampfes eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung liegt."

SPD. Die Kommunisten, deren Leute scharenweise zu Hitler gelaufen sind, kommen uns immer wieder mit Lobpreisungen der Herrlichkeit des Arbeiterlebens in Sowjetrussland. Wir bedienen sie deshalb heute wieder mit Tatsachen, die sich nicht ableugnen lassen. Die Jugend-Pravda schreibt über einen charakteristischen Fall, an dem man erkennen kann, wie die Arbeiter in Sowjetrussland ausgebeutet werden:

"Im Bergwerk Weisser Komet hatte man einen riesengrossen Kerl aufgetrieben, versorgte ihn mit einer halben Flasche Schnaps, gab ihm dazu Früh-

stück und beförderte ihn in den Schacht. Der betrunkene Riese arbeitete so, als ob seine Arbeit ein Spielzeug wäre. Seitwärts saßen jedoch die Chronometerträger und notierten jede Sekunde seiner Bewegungen. Später benutzte man diese Angaben im Kollektivvertrag, ohne dass die Gewerkschaft Einspruch erhoben hätte. Einige Tage darauf wurde ein Befehl erlassen, die Leistungsnorm der Kumpel zu erhöhen. Vergeblich bemühten sich die Arbeiter zu beweisen, dass sie ohne Maschinen nicht in der Lage sind, sofort die Tagesleistung um die Hälfte zu steigern."

So werden in Sowjetrussland Löhne gedrückt und die Arbeiter ausgebeutet, während die Gewerkschaften untätig zusehen! Wenn Hitler in Deutschland zur Macht käme, so brauchte er nur die Stalinschen Rezepte zu befolgen, und die Scharfmacher würden entzückt sein!

SPD. Stuttgart, 13. April (Eig. Drahtb.)

Auf den jetzt veröffentlichten Kandidatenlisten der Nationalsozialistischen Deutschen "Arbeiter"-Partei zum württembergischen Landtag sucht man vergebens nach einem "Arbeiter". Dagegen sind auf den Listen zahlreiche höhere Staatsbeamte, vor allem Studienräte, aber auch ein Oberstaatsanwalt, ferner Gutsbesitzer, Brauerei- und Sägewerksbesitzer, Fabrikanten, Ingenieure, Bürgermeister, Handelsvertreter, sowie etwa ein halbes Dutzend Parteibeamte, also im Nazijargon "Bonzen", vertreten.

SPD. Der Reichspräsident hat am Mittwoch-Abend auf Grund des Artikels 48 zur Sicherung der Staatsautorität die Auflösung der SA und SS-Formationen verfügt. Die betreffende Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet :

§ 1

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS), mit allen dazu gehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschliesslich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2

(1) Die zur Zeit der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisation oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zwecke der Organisation gedient haben, oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muss dies geschehen.

(2) Gegen die polizeiliche Anordnung ist die Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Innern angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

(3) Schadensersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3

(1) Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

(2) Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

(3) Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

(4) Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auf die Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3, mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlässt der Reichsminister des Innern.

Der Reichsminister des Innern hat zur Durchführung vorstehender Verordnung des Reichspräsidenten folgende Bestimmungen erlassen:

Auf Grund des § 4 Abs.2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 175) wird hiermit verordnet:

§ 1

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der im § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungsfrist zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, dass sie eine andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2

Der polizeilichen Sicherstellung gemäss § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschliesslich der Abzeichen, wie sie im einzelnen auf S. 105 ff der Dienstvorschrift für die SA aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärähnlichen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z.B. Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Feldküchen, Zelte.

SPD. Paris, 13. April (Eig. Drahtb.)

Zwei in dem gleichen Verlag erscheinende Pariser Zeitschriften, "Vu" (Gesehen) und "Lu" (Gelesen), veröffentlichen am Mittwoch je eine Sondernummer über Deutschland, von denen die erste "Das deutsche Rätsel", die zweite "Enquête an Deutschland" betitelt ist.

Die Sondernummer der "Vu" enthält zahlreiche zum Teil ausgezeichnet illustrierte Artikel französischer und deutscher Persönlichkeiten über alle Gebiete des öffentlichen Lebens, die Politik, die Parteien, die Reichswehr, die Schupo, die Landwirtschaft, die Arbeitslosigkeit, die Industriekonzerne, die Architektur, den Sport, das Unterrichtswesen, das Theater usw. in denen mit aner kennenswerter Sachlichkeit den Lesern ein Bild von dem heutigen Deutschland zu geben versucht wird. Ferner sind in der Nummer Unterredungen mit einigen deutschen Staatsmännern und Politikern wiedergegeben.

Der Preussische Ministerpräsident vertritt in einer Unterredung mit dem Schriftsteller Soupoult den Standpunkt, dass für eine wahrhafte Beruhigung Europas und für die politische und wirtschaftliche Verständigung Deutschlands

und Frankreichs eine Verständigung über die grundlegenden Fragen der Politik erzielt werden müsse. Ueber die Preussenwahlen äussert sich der Ministerpräsident folgendermassen: "Ich hege keine Befürchtung über den Ausgang dieser Wahlen. Ich glaube sogar, dass ein fester Block der Regierungsparteien, in entscheidender Weise die zukünftige Orientierung Preussens bestimmen könnte. Die Zeiten sind vorüber, in denen man die Ereignisse mit einiger Gelassenheit und einem gewissen Skeptizismus betrachtete. Heute ist es unbestreitbar, dass der Widerstandswille und die neue Offensive der Republikaner stärker als der Ansturm der Feinde der Ordnung sind."

Den Abschluss der Nummer bildet ein Artikel von Painlevé über das deutsche und das französische Genie, in dem der frühere französische Ministerpräsident an einem Beispiel aus der Wissenschaft zeigt, dass beide Genies von der Disziplin der Vernunft geführt trotz ihrer Verschiedenheit zu einer sich gegenseitig ergänzenden Zusammenarbeit geschaffen sind. Eine solche Zusammenarbeit so meint Painlevé, wäre auf allen anderen Gebieten der menschlichen Tätigkeit ebenso fruchtbar, wenn, wie auf wissenschaftlichem Gebiet, die Vernunft Führerin wäre.

Der Inhalt der Sondernummer der Zeitschrift "Lu" beschäftigt sich hauptsächlich mit politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die von bekannten französischen und deutschen Wirtschaftlern und Politikern wie den früheren Ministern Le Troquère und Reibel, dem Untergouverneur der Bank von Frankreich Rist, von dem Radikalen Kayser, von Professor Bonn, Geheimrat Kastle, Professor Bosch und dem Präsidenten des Deutschen Städtetages Dr. Müller behandelt werden.

SPD. Die Reichsregierung begründet das Verbot von Hitlers Privatarmee wie folgt:

"Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militär-ähnliche Organisationen der NSDAP sind durch eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Herrn Reichspräsidenten diese Massnahme einstimmig empfohlen.

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäss den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äusseren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteiheer, wenn auch zum Teil unbewaffnet. Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit zum Teil mit kasernenmässiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschliesslich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäss einseitig und parteimässig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwicklung führt folgerichtig zu Zusammenstössen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmässigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei fordern

muss, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legalitätserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmässigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, dass in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmässigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es besteht auch die Gefahr, dass eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreissen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen.

Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Uebergriffe festzustellen. Diese haben grösste Beunruhigung in weiteste Volkskreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befasst. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner be-
gangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Massnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspringt einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Mass anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, dass irgend eine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Rote Frontkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalhaften aussenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muss volle Klarheit darüber geschaffen werden, dass in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält.

Die Reichsregierung weiss sich in der Auffassung der Lage mit der grossen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu wie allen anderen Parteien.

Ueber allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung."

SPD. Dresden, 13. April (Eig. Drahtb.)

Der Dresdener Stadtrat hat einstimmig beschlossen, gegen den national-sozialistischen Bürgermeister Dr. Bührer Disziplinarverfahren beim Ministerium des Innern zu beantragen. Bührer hat der Stadt Dresden Millionenverluste dadurch zugefügt, dass er ohne jede Ermächtigung mit flüssigen Geldern Spekulationspapiere gekauft hat. Dadurch ist der Stadt ein Verlust von mindesten 7 - 8 Millionen Mark entstanden.

Verhandlungen über den freiwilligen Rücktritt des nationalsozialistischen Bürgermeisters verliefen ergebnislos.

SPD. Genf, 13. April (Eig. Drahtb.)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz schloss am Mittwoch-Nachmittag die Aussprache über die Prinzipien der Abrüstung vorläufig ab, um dem Büro der Konferenz Zeit für die Durcharbeitung der Anträge zur Einzelaussprache zu lassen. Da am Donnerstag der Rat und am Sonnabend die 19. Kommission der Völkerbunds-Vollversammlung für den chinesisch-japanischen Konflikt tagen werden, wird die Kommission erst am Montag nächster Woche ihre Arbeiten wiederaufnehmen. Dann werden auch Tardieu, Sir John Simon und Grandi wieder zurück und Dr. Brüning ebenfalls in Genf sein.

Die letzten Redner liessen Tardieu ebenfalls mit seiner Ablehnung der qualitativen Abrüstung und des Verbots der Angriffswaffen allein. Madariaga-Spanien stellte den weitergehenden Antrag, eine internationale Einrichtung zu schaffen, die die Politik aller Staaten genau verfolge und aufmerksam mache, wenn gefährliche Situationen zu entstehen drohten. Gleichzeitig verlangte er nicht nur die Abschaffung aller Angriffswaffen, sondern auch Kontrolle und gemeinsame Verfügung über die nationalen Rüstungen, die den Ländern noch verblieben, Zaleski-Polen wollte nicht nur den Angriff ausschalten, sondern auch gemeinsam mit den Mächten gegen den Angreifer vorgehen. Aussenminister Münck-Dänemark schlug die Einsetzung einer Reihe von Spezialkommissionen vor, darunter eine zur Ausarbeitung von Plänen für die Abschaffung der Waffen, die dem Angriff eine Ueberlegenheit über die Verteidigung geben. Dann eine, die in Zusammenarbeit mit den Fluggesellschaften und den Organisationen der Flugzeugführer die Frage der Internationalisierung und wirksamen Kontrolle der Zivilluftfahrt untersuchen und praktische Vorschläge machen soll. Das gleiche verlangte er für die private Waffen- und Munitionsherstellung.

SPD. Das Berliner Zentrumsorgan, die "Germania", schreibt zur Auflösung der Privatarmee des Herrn Hitler u.a.:

"Wenn jetzt die Auflösung dieser in ihrem Dasein und ihren Zielen illegalen Truppe der nationalsozialistischen Partei durch einen besonderen Staatsakt verfügt ist, dann sind die Motive zu diesem Vorgehen für eine ihrer Verantwortung bewusste Regierung von so zwingender Natur, dass niemand den Versuch machen sollte, sie zu missdeuten. Vor diesem Versuch sollten sich vor allem diejenigen Kreise der Rechten hüten, die sonst in allen Fragen der staatlichen Autorität nicht nur ein sehr scharfes Urteil, sondern auch eine ehrliche Empfindlichkeit gezeigt haben. Gerade für sie sollten gewisse Grundsätze der staatlichen Autorität, die das Allgemeingut aller Kulturstaaten sind, auch dann Geltung behalten, wenn ihre Verletzung von einer Seite erfolgt, der sie sonst parteipolitisch und ideenmässig enger verbunden sind. Das scheint uns eine Pflicht der Objektivität zu sein, die man am allerwenigsten dann aufgeben sollte, wenn es sich um eine vom nackten Staatsinteresse diktierte reinliche Scheidung zwischen der legitimen staatlichen Gewalt und illegitimen privaten Machtbestrebungen handelt."

SPD. Genf, 13. April (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag-Abend wurde in Zürich gegen das "Italienische Haus" ein Bombenanschlag verübt, der in dem noch nicht vollendeten Neubau beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Das von der italienischen Kolonie errichtete Gebäude sollte ein Waisenhaus und einen Versammlungssaal aufnehmen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Die Bombe mit Zeitzündung war von einem Unbekannten auf ein Fenstersims gelegt worden. Man vermutet, dass es sich um eine politische Provokation handelt.

SPD. Hitler hat seinen Rechtsbeistand Frank II beauftragt, gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Redakteur des "Vorwärts" Strafantrag und Privatklage einzureichen wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgen landesverräterische Absichten.

Erst redet der Scharlatan wie ein Landesverräter und wenn er dann entlarvt wird, spielt er noch den Beleidigten. Es gibt eben nichts, was bei den Herren im Braunen Hause nicht möglich wäre. Aber den Landesverrättern werden die Leviten schon noch gelesen werden. Dass der preussische Ministerpräsident in seiner Berliner Sportpalast-Rede die Lauenburger Rede Hitlers aus guten Gründen aufgegriffen hat und zu seinen Äusserungen bis zuletzt steht, wird den Herren des Braunen Hauses vor Gericht hoffentlich schnellstens bewiesen werden können.

SPD. Die Berliner "Rote Fahne" besitzt die Stirn, das Ueberlaufen von braunschweigischen KPD-Funktionären zu den Nazis zu "dementieren".

Dazu bemerkt der sozialdemokratische Braunschweiger "Volksfreund": "Das Zentralorgan der Thälmannler glaubte bisher den schlechten Eindruck der tatsächlich erfolgten Desertion aus den Reihen der KPD verwischen zu können. Demgegenüber stellen wir fest: In Schöningen sind 10 bisher aktive kommunistische Funktionäre zu den Nazis übergelaufen. Es handelt sich um aktive Kommunisten, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gebrüllt haben! "Hitler verrecke!" Heute sind sie bei der Schöninger SA, von der sie eingekleidet und mit ihren Familien gepflegt worden sind. In Blankenburg/Harz haben sich, nach einer Meldung der dortigen Nazi-Parteileitung, 12 kommunistische Funktionäre und Mitglieder zur NSDAP angemeldet. Ein Teil ist bereits in der letzten Mitgliederversammlung der Nazis präsentiert worden. Unter denen, die sich zur Anmeldung bereit fanden, befindet sich auch ein prominenter, von der KPD gemassregelter Funktionär, der auf Geheiss der Nazis erst einmal ein Jahr Karenzzeit durchmachen soll. Ähnliche Zerfallerscheinungen der KPD sind aus Langelsheim, aus Schöppenstedt und aus Wolfenbüttel gemeldet. Wir werden allen diesen Dingen genau nachgehen und den Beweis antreten, dass die KPD von heute nur noch eine Vorfrucht des Faschismus ist."

SPD. London, 13. April (Eig. Drahtb.)

In der Mandschurei, in der sich jetzt die Japaner wohl endgültig als die Herren der Situation niedergelassen haben, ist ein japanischer Truppentransportzug durch eine Bombe zum Entgleisen gebracht worden. 13 japanische Soldaten wurden getötet oder verletzt.

Diese Japaner sind aber nicht die einzigen Opfer, die in der neuen Republik zu verzeichnen sind. Bei einem Kampf zwischen japanischen Truppen und irregulären chinesischen Soldaten wurden 300 Chinesen getötet und 150 verletzt.

SPD. Der Krisenkongress der freien Gewerkschaften schloss am Mittwoch seine Beratungen über die Frage der Arbeitsbeschaffung mit der Annahme folgender Entschliessung:

I.

"Die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend im Lande haben ein Ausmass erreicht, das den Staat verpflichtet, unter Aufwand seiner ganzen Kraft dem Schrumpfungsprozess der Wirtschaft entgegenzuwirken und den aus der Produktion ausgeschalteten Arbeitskräften wieder Beschäftigung zu verschaffen.

Der Kongress richtet an die Reichsregierung die Forderung, unverzüglich Anordnungen zur Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und zur Vergebung öffentlicher Aufträge sowie zur Förderung geeigneter Privataufträge zu treffen in einem Umfange, dass eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintritt. Zu diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst grosser Teil auf die Löhne entfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Strassenerhaltung und Strassenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost.

Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen.

Der Kongress verkennt nicht die Schwierigkeiten, die der Finanzierung der Arbeiten entgegenstehen. Die Lage erfordert jedoch, dass die Anstrengungen zu ihrer Überwindung gesteigert werden. Alle noch auftreibbaren Mittel, auch gewisse Steuermittel, wie die durch die Reichsfluchtsteuer erfassten Beträge und die Hauszinssteuer, sind vorübergehend zur Arbeitsbeschaffung zu verwenden, ferner die beträchtlichen Summen der durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie der von den Wiederbeschäftigten aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Darüber hinaus unterstützt der Kongress die Forderung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nach einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die so auszugestalten ist, dass sie die von der Bevölkerung gehorteten Gelder anzieht.

Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfange auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen. Um die Sicherheit der Verzinsung und Rückzahlung der Kredite zu erhöhen, müssen nötigenfalls besondere Zweckverbände der Schuldnerkörperschaften gebildet werden.

Durch scharfe Preisüberwachung in Verbindung mit einer zweckmässigen Zoll- und Einfuhrpolitik muss jeder spekulativen Preisbildung vorgebeugt werden.

Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung ist einer mit ausreichenden Befugnissen ausgestatteten Zentralstelle zu übertragen. Ihre Aufgabe ist zugleich, das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Der Kongress wiederholt im übrigen die früheren Forderungen der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere gesetzliche Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden und Stärkung der Massenkaukraft. Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen und alle Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

II.

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongress es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Folgerungen zu ziehen, die Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitester Volkskreise verloren. Der Einfluss des Staates seine Aufsicht und seine Mitwirkung der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Nachdruck zu vertreten und sie mit stärkstem

SPD. London, 13. April (Eig. Drahtb.)

Die sechs nordirischen, ausserhalb des Freistaates stehenden Provinzen sind über einen Satz der englischen Antwortnote an de Valera so erschrocken, dass ihr Premierminister nach London reiste, um Minister Thomas um Aufklärung darüber zu bitten. Es handelt sich um die Bezugnahme auf die Hoffnung auf eine künftige Einheit Irlands, die nur bei weiterer Anerkennung der englischen Krone überhaupt möglich sei. Nordirland argwöhnte offenbar einen politischen Schachzug, den man darin vermuten konnte, dass die Jren durch die Jnaussichtstellung dieses grössten Zieles ihrer Politik von der dem Mutterland unliebsame Politik abgehen sollten. Der Vertreter Nordirlands konnte jedoch in London darüber beruhigt werden, dass hinter dem fraglichen Satz der englischen Note kein bestimmter politischer Plan stehe und er nur eine allgemeine Feststellung enthalte über eine Selbstverständlichkeit, die England jedoch de Valera ins Gedächtnis zu rufen für gut befunden habe.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun nahm am Mittwoch auf dem Krisenkongress der freien Gewerkschaften in einer mit grossem Beifall aufgenommenen Rede zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Er führte aus:

Die preussische Staatsregierung hat mit steigender Besorgnis die Entwicklung des Wirtschaftslebens verfolgt und in den Grenzen ihrer Zuständigkeit und nach Massgabe der ihr zur Verfügung stehenden Mittel sich bemüht, zur Milderung der Arbeitslosigkeit beizutragen. An der Subventionierung von Privatunternehmungen ist vielfach auch der preussische Staat beteiligt. Ich habe in jedem solchen Falle erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht. Wenn wir es doch getan haben, so nicht zuletzt deshalb, um die Arbeitslosigkeit nicht noch anwachsen zu lassen. Es sind ja auch vielfach die Vorsitzenden der Betriebsräte gewesen, die bei uns darauf drängten, durch eine Subvention die Aufrechterhaltung des Betriebes zu ermöglichen. Was wir unter allen Umständen erhalten müssen, ist ein gesunder Binnenmarkt. Bei dem Umfang der Arbeitslosigkeit ist ihr allein auf privatkapitalistischem Wege nicht beizukommen. Bei der Grösse der Not muss mit öffentlichen Mitteln eingegriffen werden. Aber wir sehen doch auch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Die Wirtschaftskrise setzt nicht nur die Kaufkraft der Bevölkerung herab, sondern auch ihre Steuerkraft; sie trifft also unmittelbar die Staatsfinanzen. In dem Masse, wie sich die Wirtschaftskrise verschärft, gehen auch die Einnahmen der öffentlichen Hand zurück, aus denen doch öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen. Der Staat könnte, wenn die Wirtschaft gesund wäre, tausendmal mehr leisten, ja er würde garnicht in Anspruch genommen werden. Aber weil es so schlecht geht, wird viel von ihm gefordert, und gerade deshalb ist er weniger imstande, diese Forderungen zu befriedigen. Trotz alledem muss aber etwas geschehen. Vor allem dürfen die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit nicht länger die jungen Leute gefährden. Die öffentliche Verwaltung muss alles tun und unter Umständen auch etwas riskieren, um die Mittel zu wirtschaftlich notwendiger Arbeit der brachliegenden Arbeitskräfte im öffentlichen Interesse aufzubringen.

Zur Ankurbelung der Privatwirtschaft ist vor allem internationale Kreditwirtschaft notwendig. Es handelt sich nicht nur um das Reparationsproblem. Für mich ist dieses gelöst dadurch, dass Deutschland absolut nicht zahlen kann. (Beifall) Das haben auch alle diejenigen, die als zahlungsüchtige Verständigungspolitiker verachrien wurden, immer gesagt: es kommt der Zeitpunkt, wo auch der Blindeste sieht, dass nicht gezahlt werden kann. Aber die Privatkredite sind viel wichtiger. Eine fruchtbare internationale Kreditgestaltung kann nur zustandekommen, wenn einmal diejenigen, die über das Geld verfügen, das uns fehlt, zur deutschen Wirtschaft und Politik das Vertrauen haben, dass alles ordnungsmässig geht und sie ihre Zinsen bekommen. So lange aber bei uns die Selbsterfleischung und die Vernichtung der Volkskraft weitergeht, so lange kann dieses Vertrauen zu Deutschland im Ausland nicht aufkommen. Man erwartet dort, was die

politischen Entscheidungen der nächsten Zeit bringen. Sie sind entscheidend auch dafür, ob wir in die Zusammenarbeit mit der Weltwirtschaft wieder hineinkommen, und ob wir aus der Misere herauskommen, deren Schlimmstes die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit sind.

Man hört das Schlagwort, wir müssen uns wieder "grosshungern". Der das ausspricht, meint dabei immer den anderen. (Grosse Heiterkeit) Grosshungern kann man sich nicht. Wenn wir alle barfuss gehen wollten und in Papphemden wie in der seligen Kriegszeit herumlaufen, dann könnten wir auch noch die letzten unserer Fabriken schliessen. Wer soll aber dann die Arbeitslosenunterstützung zahlen? Und wenn das Volk nur Kartoffeln und Salz haben sollte, wie sollte es das erlangen? Nur von einem gesunden Binnenmarkt aus können wir leistungsfähig zum Weltmarkt kommen. Drückt man aber die Löhne immer weiter, um zu exportieren, so zerstört man den Binnenmarkt und ausserdem errichtet das Ausland gegen solche Unterbietung Dämme. Das Ausland hat auch Arbeitslose und wartet nicht, bis wir es mit billigen Waren überschwemmen.

Sobald die innerpolitischen Entscheidungen getroffen sind und die aussenpolitische Klärung eingetreten ist, müssen wir mit aller Kraft das Arbeitslosenproblem angreifen. Nach meiner Ueberzeugung ist das nur möglich durch eine ganz radikale Verkürzung der Arbeitszeit - da gehe ich noch weit über ihre Vierzigstundenwoche hinaus (Starker Beifall). Jahsehe darin die einzige Möglichkeit, dem Menschen die Lust an der Arbeit wieder zu geben und damit aus einer Situation zu entfliehen, in die uns der unselige Krieg mit seinen Folgen gebracht hat. (Stürmischer langanhaltender Beifall).

Vorsitzender Schumann spricht im Namen des Kongresses Otto Braun herzlichen Dank für seine Worte aus. (Neuer lebhafter Beifall).

SPD. Braunschweig, 13. April (Eig.Drahtb.)

In Braunschweig wurde der Berliner SA-Mann Domnick verhaftet. Domnick ist im vorigen Jahre vom Berliner Schwurgericht III wegen Totschlages zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er flüchtete und wurde seitdem steckbrieflich gesucht. Seit Monaten hielt er sich in Braunschweig auf, wo er Dienste bei der SA versah, sich täglich meldete und aktiv an der Propaganda für die Reichspräsidentenwahl teilnahm. Die Polizei musste erst von republikanischer Seite auf den Verbrecher aufmerksam gemacht werden, ehe sie zur Verhaftung schritt.

SPD. München, 13. April (Eig.Drahtb.)

Auf Anordnung der bayerischen Regierung hat die bayerische Landespolizei am Mittwoch abend das Münchener Braune Haus besetzt. Die Strassen in der Umgebung der Hitler-Residenz wurden im grossen Umfang abgesperrt. Die Polizei nahm eine Haussuchung vor, die in den späten Abendstunden des Mittwoch noch nicht abgeschlossen war.

SPD. Dresden, 13. April (Eig.Drahtb.)

Die Dresdner Polizei schloss am Mittwoch abend um 18 Uhr die sogenannte Feldzeugmeisterei der Nationalsozialistischen Partei. Vorher hatten jedoch etwa 10 Autos der Nationalsozialisten das Material aus der Feldzeugmeisterei bereits abtransportiert. Immerhin konnte die Polizei noch zwei Autos erwischen.

SPD. Prag, 13. April (Eig. Drahtb.)

In Nordböhmen kam es am Mittwoch an mehreren Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Militär. 6 Arbeiter wurden getötet.

Über das ganze Kohlengebiet war für Mittwoch der Generalstreik für alle Industriebetriebe angekündigt. Überall waren starke Gendarmerie- und Dragonerabteilungen stationiert. Vormittags kam es bereits zu Zusammenstößen in Oberleutensdorf, wo Dragoner gegen Streikende vorgingen. Die Streikenden hatten eine Barrikade errichtet, die von den Dragonern gestürmt wurde. Mehrere Streikende wurden verwundet. Die für Brüx und Komotau angesetzten Meetings wurden verboten. Um 5 Uhr nachmittags erschienen in Brüx etwa 2 000 Arbeiter aus den Nachbarorten, die, wie der amtliche Bericht besagt, die Gendarmerie angriffen. Die Gendarmerie gab deshalb eine Gewehrsalve ab. Zwei Demonstranten wurden an der Stelle getötet, fünf schwer verwundet. In Görkau kam es ebenfalls zu einem heftigen Zusammenstoß mit den Demonstranten, die von Seestadt nach Komotau zogen. Auch hier wurde geschossen. Vier Demonstranten wurden getötet. Es sollen auch 45 Gendarmen und zwei Gemeindepolizisten verwundet sein.

In ganz Nordböhmen herrscht grosse Aufregung.

SPD. Köln, 13. April (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch abend kurz nach 6 Uhr fuhr die Kölner Politische Polizei mit Ueberfallkommandos vor den Stützpunkten der Kölner SA vor und nahm Haussuchungen vor. Die Nazilokale wurden geschlossen.

(Schluss des politischen Teils, - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Meilenweit Asche!

Die südamerikanische Vulkankatastrophe - Zehntausende in Giftgasgefahr - Im Flugzeug über den Kratern.

SPD. New-York, 13. April (Fig. Drahtb.)

Durch Flugzeuge wurde festgestellt, dass die Ausbrüche der Vulkane im südamerikanischen Andengebirge nachgelassen haben. Indes ist der aussergewöhnlich heftigen Vulkantätigkeit eine Serie schwerer Erdstösse gefolgt. Ebenso dauern die Auswürfe von Asche noch an. Aus den Kratern schiessen von Zeit zu Zeit riesige Feuersäulen, die durch die gleichzeitig ausströmenden Schwefelgase phantastisch in den Regenbogenfarben schillern. Die die Vulkane umgebenden Landstrecken erscheinen durch den unaufhaltsamen Aschenregen wie von einer Schneedecke überzogen. "Feuer und Schwefel" tauchen das Land in manchen Augenblicken in ein magisches Licht. Besonders gilt dies von dem berühmten sonnigen Süden Chiles, das seit je "Beauty Land" (Schönes Land) heisst, aber freilich diesen Namen nicht von der Augenblicksverzauberung der gegenwärtigen Katastrophe, sondern von seinem rivierhaften Allgemeinzustand her trägt; sein Anblick wurde geprägt von blühenden Anlagen, Gärten und Hainen - heute ist hier alle Fruchtbarkeit vernichtet...

Die Bevölkerung der südwestlichen Mendozaprovinz befindet sich in grösster Gefahr, durch die das Land überziehenden Schwefelgase zu ersticken; 80000 Menschen hausen im Freien. Die Rettungskolonnen können sich wegen des anhaltenden Aschenregens und der durch die Hitze völlig vergifteten Luft nur mühsam den gefährdeten Städten und Dörfern nähern. Die von der argentinischen Regierung entsandten Hilfszüge mit Medikamenten und Sauerstoffapparaten sind im Aschenschnee steckengeblieben. Das Wasser ist in vielen Ortschaften untrinkbar geworden. Ein Massensterben wird aus diesem Grunde auch für viele der grossen, vollkommen zersprengten Viehherden, für die auch kein Frischfutter beschafft werden kann, befürchtet; in wilder Angst rasen die Tiere über die Steppen.

In der Gegend von Buenos Aires begann sich der Himmel am Mittwoch morgen aufzuklären; später ging jedoch wieder ein wolkenbruchartiger Regen, durch den der angerichtete Schaden noch vergrössert wurde, nieder. Die Regenflut wird von einer Kältewelle begleitet. Aber aus dem Hauptgefarenggebiet fehlen noch zuverlässige Meldungen. Ausgesandte Erkundungsflieger mussten fast die ganze Zeit blind fliegen, da es nicht möglich war, durch die Aschenwolken hindurch auf die Erde zu blicken. Sofern die Flieger wegen der Undurchdringlichkeit der zudem von gefährlichen Dämpfen erfüllten Luft wieder umkehrten, geht aus ihren Schilderungen hervor, dass über den meisten Dörfern und Kleinstädten im Gebirge dicke Wolken von Asche hängen; die ganze Gegend soll aussehen "wie die Hölle". In den Kratern selbst ereignen sich nach den Beobachtungen der Flieger noch fortgesetzt von donnerndem Getöse begleitete Eruptionen.

Mit den Dörfern des westlichen Argentinien sind alle Verbindungen abgeschnitten. Ein ausführlicher Bericht liegt aus St. Raphael vor: aus Angst vor dem Tod im Schwefeldunst verliessen die Einwohner ihre Häuser und flüchteten aufs Land; in ein Hotel ergoss sich ein Lavastrom, durch den das Gebäude in Flammen gesetzt wurde; das Hotel brannte ab. Auch in Malargue fürchtet die Bevölkerung die Schwefelgase; Rettungskolonnen haben die Stadt noch nicht erreicht. Der Aschenregen ist im übrigen bereits bis nach Salta und

Bahia Blanca an der Ostküste Südamerikas vorgedrungen, und Professor Hartmann vom astronomischen Observatorium in La Plata hält es sogar nicht für unmöglich, dass ein Teil der Aschenmasse unter besonderen Windverhältnissen bis über den Atlantic vorzudringen vermag.

+ + +
Wacker hält durch. Im Berliner Bilderprozess hat der junge Kunsthändler Wacker jenen geheimnisvollen Lieferanten der durch ihn in den Handel gebrachten 30 auf ihre Echtheit umstrittenen van Gogh-Bild noch nicht genannt. Wacker ist zwar heute selbst der Ansicht, dass nicht sämtliche der inkriminierten Bilder echt sind - aber auf die Frage des Vorsitzenden, welche er nun für echt und welche er für unecht halte, antwortet er vorsichtig: "Das möchte ich vorläufig noch nicht sagen."

Am Mittwoch wurden eine Reihe bedeutsamer - aber im Gesamtwert doch nicht eindeutiger - Gutachten erstattet. Der Leiter des Utrechter Erkennungsdienstes sagte aus, dass er im Auftrage des holländischen Sachverständigen Scherjion, ein von Wacker erworbenes angebliches van Gogh-Bild auf Fingerabdrücke mit dem Ergebnis untersucht habe, dass dieses Bild Fingerabdrücke van Goghs aufweise. Der Berliner Kriminalkommissar Müller, von der Staatsanwaltschaft geladen, meinte im Gegensatz hierzu, dass das gefundene Material zu einer solchen Behauptung nicht ausreiche. Der Sachverständige Wehlte legte Röntgenaufnahmen von den umstrittenen und von zweifellos echten van Goghs vor, wobei sich ergab, dass die Röntgenaufnahmen der echten Bilder in allen Fällen scharfe, grosse Malsicherheit beweisende Konturen aufwiesen; der umstrittenen jedoch nur in manchen. Der Sachverständige Wehlte teilte die umstrittenen Bilder in verschiedenwertige Gruppen ein, gab aber die Möglichkeit zu, dass auch diese verschiedenwertigen Bilder von einem einzigen Maler geschaffen sein könnten.

Als nach den kriminalistisch arbeitenden wieder die künstlerisch urteilenden Sachverständigen zu Worte kamen, wurde die Sachlage auch nicht klarer: ein Landschaftsbild, das z.B. der Sachverständige Dr. Thormaelen, Kustos an der Berliner Nationalgalerie, in langen Ausführungen und mit hundert Einzelheiten als freche Fälschung diagnostizierte, erklärte der Holländer Scherjion für zweifellos echt. Dr. Thormaelen meinte noch, dass der Fälscher der Bilder bestimmt nicht an Ort und Stelle gewesen sei; der Betrüger hätte wohl Motive van Goghs gestohlen, doch nicht das Wesen der van Gogh'schen Landschaft erfasst. Der Maler Eugen Spiro, Vorstandsmitglied der Berliner Sezession, zweifelte die Echtheit der meisten Wacker-Bilder an, ebenso der Maler von König. Zum Teil befinden sich beide Sachverständige in einem Gegensatz zu Geheimrat Justi von der Nationalgalerie, der am Dienstag sämtliche Wacker'schen van Gogh-Bilder für Fälschungen erklärte. Die Beweisaufnahme wird voraussichtlich am Donnerstag geschlossen werden.

+ + +
"Schneidertag". Im Berliner Sklarekprozess wollte das Gericht am Mittwoch feststellen, ob die Vorzugskunden der Sklareks merken mussten, dass ihre von den Sklareks bezogenen Garderoben zu teureren Preisen, als sie sie zahlten, bei Masschneidern hergestellt worden waren. Im allgemeinen hat der als Zeuge vernommene Mitinhaber der Firma Keller & Furch, ein Herr Flachs, bei den Vorzugskunden Mass genommen. Die "Abstammung" der Anzüge soll auf Wunsch von Max Sklarek auf den Anzügen nicht erkennbar gewesen sein, aber der Zeuge ist der festen Meinung, "dass die Herren trotzdem merken mussten, erstklassige Massarbeit vor sich zu haben." Unter allgemeiner Heiterkeit wurde dann bei dem angeklagten Stadtbankdirektor Hoffmann Mass genommen, weil Hoffmann meinte, dass sein Anzug schlecht sitze, also wohl doch von den Sklareks stamme. Diese Vermutung ging Herrn Flachs wider die Geschäftslehre; er meinte, Herr Hoffmann verstehe sich nur nicht richtig anzuziehen; ausserdem "fehle ihm heute der Bauch". Leo

Sklarek begutachtet gleichfalls Hoffmann und seinen Anzug eingehend; der Vorsitzende mahnt ihn aber, lieber nicht so nahe an seinen so viel grösseren und kräftigeren Gegner heranzutreten....

+ + +
Schlossbrand. Das am Brenzfluss (an der Bahnlinie Ulm-Aalen) gelegene Schloss Bergenweiler wurde durch Grossfeuer eingeäschert. Das aus dem 16. Jahrhundert stammende, zuletzt unbewohnte, als Kornspeicher benutzte Schloss stellte einen schönen Schmuck der Landschaft dar. Es wird Brandstiftung vermutet.

Durch Blitzschlag ist ein Teil der am Neckar gelegenen Burg Hornberg, das Schloss des Ritters Götz von Berlichingen, erheblich beschädigt worden. Die Instandsetzungsarbeiten dürften einige Zeit in Anspruch nehmen.

+ + +
Unterschlagung - Freitod. In Seehausen bei Wanzleben (in der Nähe von Magdeburg) schied ein Geschäftsführer Kaiser mit seiner Ehefrau und seinem zweijährigen Töchterchen durch Gasvergiftung aus dem Leben; Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Kaiser hatte bei der von ihm geleiteten Allgemeinen Ortskrankenkasse Seehausen Unterschlagungen begangen und dafür seine gerichtliche Aburteilung zu gewärtigen.

+ + +
Familiendrame. In Dresden erschoss ein 42 Jahre alter Mechaniker und Geschäftsinhaber seine Ehefrau und seine 16 Jahre alte Tochter. Familienzwistigkeiten bilden nach den bisherigen Ermittlungen das Motiv der Tat.

+ + +
Lungenkongress. Aus der Wiesbadener "Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin" hielt Professor L. Brauer-Hamburg einen aufsehen erregenden Vortrag über die moderne Kollaps-Behandlung der Lungentuberkulose. Professor Brauer, der mit feinsten analytischen Messmethoden bei vielen menschlichen Tätigkeiten und Erkrankungen die ungenügende Versorgung des Körpers mit Sauerstoff studiert hat, berichtete, dass der Durchbruch einer Lungenhöhle in den Brustraum (Pneumotorax) häufig auf krankes Lungengewebe heilend wirke. Der Redner schilderte ausführlich die bereits allgemein angewandte und von ihm vervollkommnete Therapie des Lungenkollapses. Professor Liebermeister-Düren ergänzte den Vortrag durch Mitteilungen über günstige Heilerfahrungen mit dem doppelseitig angelegten Pneumotorax; ebenso befassten sich Referate ausländischer Aerzte mit diesem Thema. Das Fazit der Vorträge ist, dass auch Kranke mit doppelseitiger Lungentuberkulose heute nicht mehr zu verzweifeln brauchen. Auch in schweren Fällen gibt es wissenschaftliche begründete Heilungsaussichten - wobei natürlich die möglichste Frühzeitigkeit des Eingriffes und die persönliche Widerstandsfähigkeit des Kranken noch eine wesentliche Rolle spielen. Doch verliert bei allem Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft die volkshygienische Forderung nach mehr Licht, Luft und Sonne gewiss um nichts an Wichtigkeit.

+ + +
Ausklang... Der Pen-Klub, der Schutzverband Deutscher Schriftsteller, der Verband Deutscher Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten, der Verband Deutscher Erzähler, die lyrischen Autoren im Deutschen Schriftstellerverband und mehrere Einzelmitglieder der Preussischen Dichterkademie haben ohne pathetischen Groll, aber auch ohne sanften Beschönigungswillen" Einspruch dagegen erhoben, dass man es bei der Weimarer offiziellen Goethefeier für überflüssig hielt, irgendeinen Standesvertreter der deutschen Schriftsteller mitwirken zu lassen.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Der Krisenkongress.

SPD. Der Ausserordentliche Kongress der freien Gewerkschaften zur Auf-
rüttelung der Reichsregierung und der Oeffentlichkeit in der Arbeitsbeschaf-
frungsfrage, der am Mittwoch im grossen Sitzungssaal des Reichstages zusammen-
trat, war bestimmt kein Fehlschlag. Das zeigte schon der starke Besuch des
Kongresses. Die Reichsregierung war durch den Arbeitsminister Stegerwald und
den Wirtschaftsminister Warmbold vertreten, die preussische Staatsregierung
durch Ministerpräsidenten Otto Braun, durch Innenminister Severing und den
Finanzminister Dr. Klepper. Die Tribünen waren bis auf den letzten Platz ge-
füllt. Zahlreiche Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion woh-
ten den Verhandlungen bei, und das Gedränge auf der Pressetribüne verriet,
dass der Kongress in der breiten Oeffentlichkeit mit grosser Spannung erwar-
tet wurde. Der Reichskanzler konnte an dem Kongress nicht, wie er vorhatte,
selbst teilnehmen. In einem an den Kongress gerichteten Schreiben begründete
er sein Fernbleiben mit dringenden Regierungsgeschäften. Er wünschte der Ta-
gung einen fruchtbaren Verlauf zum Nutzen der deutschen Volkswirtschaft und
der deutschen Arbeiterschaft.

Der Kongress wurde vom Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerk-
schaftsbundes, Theodor Leipart, mit einem kurzen Begrüßungswort eröffnet.
(Leiparts Eröffnungsrede haben wir bereits gemeldet. D.R.)

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung wurde von Wilhelm Eggert, dem
Wirtschaftssekretär des ADGB, durch einen instruktiven Vortrag begründet. Der
Ausgang der Reichspräsidentenwahl, so führte Eggert aus, hat deutlich gezeigt,
dass die Verzweiflungswelle in Deutschland noch immer im Steigen begriffen
ist. Von Seiten der Weltwirtschaft ist baldige Hilfe kaum zu erwarten. Auf
der andern Seite sind fast sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland auf
die Dauer eine unerträgliche Sache. Soll die Lawine des Leidens und Elends
hemmunglos weiterrollen? Die Führer der kapitalistischen Wirtschaft wissen
weder aus noch ein. Sie machen es sich aber trotzdem recht bequem. Sie for-
dern einfach Freiheit der Wirtschaft, nehmen aber die Hilfe des Staates dau-
ernd und ausgiebig in Anspruch. Der Staat hat gerade jetzt, wo die Privat-
wirtschaft versagt hat, die Aufgabe, regelnd und lenkend in die Wirtschaft ein-
zugreifen, und hierzu gehört auch die Arbeitsbeschaffung. Sie muss sich in
den durch die finanziellen Verhältnisse gezogenen Grenzen halten. Ihre Arbei-
ten müssen selbstverständlich volkswirtschaftlich rentabel sein. Aber sind
z.B. Schutzbauten gegen Hochwasser und Strassenbauten nicht rentabel? Jede Ver-
schleppung dieser Arbeiten kostet später das drei-, vier- und fünffache. Als
besonders geeignet für die Arbeitsbeschaffung sind nach unserer Auffassung fol-
gende Arbeiten: Erhaltung und Verbesserung des Strassennetzes, Arbeiten zum
Schutz gegen Hochwassergefahr, Kleinwohnungsbau, Hausreparaturen, Aufträge der
Reichsbahn und der Reichspost, Siedlungsarbeiten und landwirtschaftliche Meli-
orationen.

Etwas eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei
diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtkostenaufwand
von rund 2 Milliarden Mark erforderlich wäre. Die Begrenzung auf eine Million,
auf die Zeitdauer eines Jahres und auf zwei Milliarden Kostenaufwand ist
nicht willkürlich, sondern gegeben durch die Gesamtverhältnisse der Volkswirt-
schaft. Darauf brauchen die Kommunisten natürlich keine Rücksicht zu nehmen,

sie können ohne viel Ueberlegung sofort für alle Arbeitslosen und auf unbestimmte Zeit hinaus Arbeit fordern. Wir wollen aber nicht bloss fordern, sondern auch etwas erreichen.

Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordert das Aufgebot aller Kräfte. Notwendig ist sogar eine Prüfung, ob nicht noch die öffentlichen Haushalte auch zu ihrem Teil zur Finanzierung beitragen können. Steuermittel aus der Hauszinssteuer und Reichsfluchtsteuer müssen für die Finanzierung verwendet werden. Ferner müssen die Ersparnisse der Reichsanstalt an Arbeitslosenunterstützung (infolge der Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen) herangezogen werden. Ebenso ist notwendig eine Arbeitsbeschaffungsanleihe, damit die Gelder aus dem Strumpf geholt werden. Sämtliche Träger der Arbeitsbeschaffung müssen in einer "Zentralstelle für Arbeitsbeschaffung" zusammengefasst werden. Die Gewerkschaften müssen in der "Zentralstelle" wie in allen Arbeitsbeschaffungsorganisationen stark vertreten sein. Damit durch die Arbeitsbeschaffung keine Preistreiberei eintritt, ist eine scharfe amtliche Preisüberwachung notwendig.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung muss die Reichsregierung, um die vorhandene und zu beschaffende Arbeit auf möglichst viel Kräfte zu verteilen, endlich die allgemeine gesetzliche 40-stündige Arbeitswoche durchführen. Wir müssen der Regierung den Vorwurf machen, dass sie in der Frage der 40-Stundenwoche bisher vollständig versagt hat (Sehr richtig). Wir haben den Eindruck, dass die Regierung und besonders das Reichsarbeitsministerium hier sich völlig von den Unternehmern ins Schlepptau nehmen liessen. Die Not muss auf alle verteilt werden, dann ist sie leichter zu ertragen. Die Arbeiterschaft war in der Frage der Arbeitszeitverkürzung zu Opfern bereit. Sie betrachtet es als einen Skandal, dass noch immer 48 und über 48 Stunden gearbeitet wird in einer Zeit, wo fast 7 Millionen Arbeitslose nach Arbeit rufen. Die Angst, die Wirtschaft könne später bei einer Vierzigstundenwoche eine neue Konjunktur nicht mehr ausnützen, ist wirklich überflüssig; denn in dem rationalisierten Produktionsprozess Deutschlands lässt sich später jede Konjunktur bei einer 40-Stundenwoche bewältigen. (Sehr richtig).

Die Arbeitsbeschaffung darf nicht im Zeichen niedriger Entlohnung stehen; denn sonst wird keine zusätzliche Kaufkraft geschaffen. Die Entlohnung der Arbeitskräfte in der Arbeitsbeschaffung muss nach den Bestimmungen der Tarifverträge erfolgen. Darum ist auch im allgemeinen im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für den Freiwilligen Arbeitsdienst kein Raum. Für diesen können nur wirklich zusätzliche Arbeiten in Frage kommen, die für Jugendliche als ungelernete Arbeitskräfte sich besonders eignen.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich auf Anregung der Gewerkschaften sehr eingehend mit der Arbeitsbeschaffungsfrage befasst. Sein Bericht bejaht klar und unzweideutig die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierungsmöglichkeit. Leider enthält er kein Wort über den Kleinwohnungsbau. Wenn die Sachverständigen des Reichswirtschaftsrates eine Möglichkeit für die Beschaffung von Arbeit sehen, dann muss auch für die Regierung eine solche bestehen. (Wir fragen die Regierung: Wie stellt Ihr Euch denn den Gang der Dinge vor? Soll der gegenwärtige Zustand etwa bestehen bleiben, und wenn ja, mit welchen Mitteln soll denn dann dieser Zustand erhalten werden? Wir wollen endlich Klarheit. Der Arbeitslose von heute ist nicht mehr mit Unterstützung zufriedenzustellen. Er wartet schon zu lange auf Arbeit. Er will wieder als ein Mensch leben. Der Hinweis auf die Inflation darf nicht vor durchgreifenden Massnahmen zurückschrecken. Wenn das Volk sieht, dass endlich etwas gegen die Arbeitslosigkeit geschieht, dann wird es nicht Angst bekommen. Im Gegenteil: es wird aufatmen (Sehr richtig). Und dieses Aufatmen ist ein Schutz gegen die Inflationsgefahr. Die Not im Lande ist doch wahrhaftig bis ins Unerträgliche gestiegen. Viele Gemeinden sind am Ende ihrer Kraft. Aus dem Westerwald wird z.B. gemeldet, dass auch ältere Arbeitslose in ziemlich grosser Zahl bettelnd durch den Bezirk ziehen, weil infolge der fehlenden Unterstützung bitterste

Not herrscht. In vielen Familien gibt es wochenlang nicht einmal Brot. Man lebt nur noch von Kartoffeln.

Und dann die Jugend! Die zerrüttete Wirtschaft ist nicht mehr in der Lage, den Arbeitsnachwuchs ordnungsmässig für seine beruflichen Aufgaben vorzubereiten. Hunderttausende von jungen Menschen werden gleich nach der Beendigung der Lehrzeit arbeitslos und bleiben es. Wie soll die deutsche Wirtschaft bestehen, wenn sie ihre Qualitätsarbeiter verliert?

Angesichts dieser grässlichen Dinge richten wir mit stärkster Eindringlichkeit an die Regierung die Forderung, nun endlich zu helfen. Auch die Arbeiterschaft und insbesondere die Arbeitslosen haben das Recht, Forderungen zu stellen. In ihrem Namen appelliert dieser Kongress an die Regierung, nun auch einmal dieselbe offene Hand zu haben, die sie dem Unternehmertum gegenüber bisher so oft hatte. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung kann und muss durchgeführt werden. Es muss gelingen, in der Zusammenarbeit aller Kräfte, die guten Willens sind, das Unglück der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu mildern.

Eggerts Vortrag wurde vom Kongress mit starkem Beifall aufgenommen. Im Auftrage des Reichskanzlers nahm danach der Reichsarbeitsminister Stegerwald das Wort.

Der Minister bemerkt einleitend, dass das Fernbleiben des Kanzlers keineswegs etwa mit dem Beratungsgegenstand des Kongresses zusammenhänge und beruft sich dann auf seine Rede auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress:

Wir sind weder optimistisch noch zu pessimistisch gewesen. Dem haben wir es zuzuschreiben, dass wir mit den Mitteln für die Arbeitslosenunterstützung noch so ausgekommen sind. Ein Hauptfaktor für jede Besserung ist die aussen- und innenpolitische Beruhigung, also ein befriedigender Ausgang der im Juni vor Ablauf des Hoover=Freijahres abzuhaltenden Reparationskonferenz, ebenso wie die geistige Gesundheit im Innern. Dafür wird nun nach der Reichspräsidentenwahl die Preussenwahl von grösster Bedeutung sein. Den Wendepunkt in der Weltwirtschaftskrise erwarten viele für die zweite Hälfte 1932, in England und Amerika aber rechnet man damit erst für das Jahr 1933. (Unruhe).

Als Hauptursache des Schrumpfungsprozesses kann ich nicht die Gehaltskürzung ansehen. Diese war unerlässlich, um unseren Etat in Ordnung zu halten. Bei einer solchen Kürzung der öffentlichen Personalausgaben um 2½ Milliarden Mark konnte auch die Privatwirtschaft mit ihren Löhnen nicht unbeteiligt bleiben.

Warum haben sich so viele Grossunternehmer bei der Reichspräsidentenwahl für Hitler erklärt? Weil sie durch eine zweite Inflation ein zweitesmal ihre Schulden los zu werden hoffen. (Lebhafte Zustimmung).

Auch mir gefällt vieles an den Notverordnungen nicht. Aber ohne die Notverordnungen wären wir heute in einer Inflation, gegen die 1923 nur ein schwaches Vorspiel gewesen wäre. Der Minister verteidigte dann seine Haltung in der Arbeitszeitfrage gegen den Vorwurf, unter dem Druck der Unternehmer gestanden zu haben. Die Bankensanierung sei nicht aus Liebe zu den Aktionären erfolgt, sondern im Interesse der dreiviertel Millionen Konteninhaber, von denen die Weiterbeschäftigung grosser Arbeitermassen abhing. Die von Eggert aufgezählten Arbeitsgelegenheiten erkennt der Minister an. Er betont, dass die Kosten auf keinen Fall durch eine Inflation "aufgebracht" werden dürfen, dagegen wäre selbst Nichtstun noch das kleinere Uebel. (Zwischenrufe). Aber natürlich bleibt Nichtstun ausser Betracht. Bei den zu beschaffenden Arbeiten, so meint Stegerwald weiter, werde man neben der Geltung der Tariflöhne doch auch den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen und sogar erweitern müssen, aber so, dass das Geltungsgebiet der Tarife nicht bedroht werde.

Stegerwald erklärte weiter, dass er keine Möglichkeiten sähe, im Laufe des nächsten Jahrzehnts die deutsche Rentenversicherung weiter ausbauen zu können. Man müsse den Rentenbeziehern ein Stückchen Land zuweisen, durch dessen Bebauung sie sich einen Naturalzuschuss zur Rente beschaffen können. (Widerspruch). Die Reichsregierung habe bereits sichere Finanzierungspläne für eine verstärk-

te Siedlung, besonders für eine Verstärkung der städtischen Vorraumsiedlung, ebenso auch für den Strassenbau und für Wohnungsreparaturen. Zur Frage der Arbeitszeitverkürzung erklärte Stegerwald, dass die Reichsregierung nochmals Besprechungen zwischen den Unternehmern und Gewerkschaften herbeiführen wolle, und, falls diese Besprechungen ergebnislos bleiben sollten, eventuell durch eine Notverordnung die Arbeitszeit verkürzen werde. An eine allgemeine Lohnsenkung nach dem 30. April würde weder im Reichsarbeitsministerium noch in der Reichsregierung gedacht. Für das Gros der Arbeiter seien die Löhne nicht mehr zu hoch. Es seien aber noch einige Angleichungen notwendig. (Heftiger Widerspruch der Delegierten). Diese Angleichungen sollen aber nicht das Signal sein für einen allgemeinen neuen Lohnabbau. Minister Stegerwald schloss seine Rede mit der Versicherung, dass für die Arbeitslosen von der Regierung alles geschehen solle, was geschehen kann, ohne die deutsche Währung zu gefährden.-

Die Aussprache wurde eröffnet durch Bernhard, den Vorsitzenden des Deutschen Baugewerksbundes. Er gab ein erschütterndes Bild von dem zusammengebrochenen Baumarkt: 90 Prozent der organisierten Bauarbeiter sind arbeitslos. Für Arbeitsbeschaffung der Bauarbeiter empfiehlt Bernhard vor allem drei Gebiete: Kleinwohnungsbau, Altwohnungsreparatur und Strassenbau. Man sagt, in den Wohnungsbau sei zuviel Geld hineingesteckt worden. Kein Wort davon ist wahr. Jedenfalls haben die Bauarbeiter nicht zuviel abbekommen. Die Bauarbeiterlöhne sind an den teuren Mieten bestimmt nicht schuld. Die Bauarbeiter fragen sich, wie tief man denn ihren Lohn eigentlich noch senken wolle, wo bereits zwei Drittel noch lange nicht eine Mark Stundenlohn erhalten, wenn sie Arbeit haben, und das alles trotz Wanderarbeit, Saisonarbeit, doppeltem Haushalt usw. Soll denn das alles unberücksichtigt bleiben? Das Reichsarbeitsministerium treibt aber gegenüber den Bauarbeitern zu neuem Lohnabbau. Mit Lohnabbau, Herr Reichsarbeitsminister, werden sie die Wirtschaft bestimmt nicht ankurbeln. Wir Bauarbeiter stehen im Lohn bei 1925 und nicht bei 1927. Herr Dr. Stegerwald, Sie müssen endlich auch wieder einmal den Gewerkschaftler in sich entdecken. (Starker Beifall) Die Grenzen des Erträglichen sind überschritten. Der Baukapitalismus lastet auf den Mieten, nicht aber der Lohnpfennig. Zu allem Ueberfluss macht man nun den Bauarbeitern auch noch mit den Freiwilligen Arbeitsdienst das Leben schwer. Dieser Dienst stört bereits empfindlich den freien Markt. Mit ihm schafft man nur neue Arbeitslose, vor allem unter den Bauarbeitern. Der Abbau der Hauszinssteuer in einem Zeitpunkt, wo man jeden Pfennig Steuer festhält, ist unbegreiflich. Die Regierung lässt sich viel zu sehr von politischen Erwägungen leiten. Sie will der Wirtschaftspartei nicht wehethun. Und nun kommen auch noch Bevölkerungspolitiker, die nachweisen wollen, dass in den Städten nicht mehr gebaut zu werden braucht. Eine geringe Wanderung aufs Land ist zu verzeichnen. Aber sie ist noch lange kein Argument für eine Einstellung des Kleinwohnungsbaues in den Städten. Was sich heute an der Peripherie der Grosstädte tut, sieht ganz danach aus, als ob da Zigeunerviertel nach dem Muster der Balkanstädte entstehen sollen. Die armen Teufel ziehen hinaus in die Laubengärten und in die Verfallswohnungen, und draussen auf dem flachen Land ist das Wohnungselend sozial und hygienisch noch schlimmer als in der Grosstadt. Das Reichsmietengesetz steht auf dem Papier. Niemand zwingt den Hausbesitz, dass die ihm zur Verfügung gestellten Mittel für die notwendigen Reparaturen Verwendung finden. Und sie sind wirklich notwendig, diese Reparaturen; denn im Innern der Althäuser sieht es noch schlimmer aus als an ihren Fassaden. Der Strassenbau ist ebenfalls alles andere als Luxus. Jeder Strassenverfall schafft Verkehrsstörungen und Unglücksfälle. Heute sind ganze Strassenzüge bereits gesperrt. Beim Strassenbau könnte ganz besonders gut deutsches Material verwendet werden. Es ist Blödsinn, in Natursteingebieten mit Kunststein Strassen zu bauen.

Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsnotwendigkeiten auf dem Baumarkt also in Hülle und Fülle. Wie lange will man noch warten, um hier Abhilfe zu schaffen? (Starker Beifall).

Metz vom Metallarbeiterverband fordert mit besonderem Nachdruck, dass die Regierung endlich aus ihrer Resignation herausgehe und zu einer aktiven Konjunkturpolitik schreite. Gegenüber dem System der Systemlosigkeit müsse die Arbeiterschaft auf einen planmässigen Umbau der Wirtschaft hinarbeiten. =

Schmidt vom Bergarbeiterverband begründete an Hand ausserordentlich lehrreicher Beispiele über Fehlinvestitionen die Forderung der Bergarbeiter nach Verstaatlichung des Bergbaus. Sie allein könne gegenüber der durch Stilllegungen, Kündigungen und Konzentrationen geschaffenen unerträglichen Not der Bergarbeiter Hilfe bringen. Schon jetzt aber müsse durch Einführung des Krümpersystems und der Vierzigstundenwoche eine sofortige Milderung der Not herbeigeführt werden.

Lengersdorff vom Gesamtverband bemerkt zu der Feststellung des Arbeitsministers, dass gegenwärtig das Verhältnis der Löhne zueinander noch uneinheitlicher sei als 1927: Uns überrascht diese Feststellung nicht; denn der schematische Eingriff der Notverordnung in den Lohn musste naturgemäss neue Ungerechtigkeiten schaffen. Diese neuen Ungerechtigkeiten kann man nun aber nicht durch neuen Lohnabbau, d.h. durch neues Unrecht aus der Welt schaffen. Auf den Erklärungsversuch des Ministers, dass in der Frage der Vierzigstundenwoche infolge des Sturzes des englischen Pfundes Schwierigkeiten entstanden seien, erscheint uns etwas künstlich. Draussen im Lande erzählen die Kommunisten den Arbeitern, solange die Regierung noch Lohnabbaukürzungen wolle, sei sie nicht für Arbeitsverkürzung. Man kann leider schwer etwas dagegen sagen. Eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung wäre der beste Schutz der Regierung gegen den Verdacht, dass sie Lohnabbau ohne Ende treiben will.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung, aber doch innerhalb der Grenzen des Möglichen kann etwas getan werden. Die Alarmierung der Geister durch die Aktion der Gewerkschaften hat die Öffentlichkeit und die Regierung aufgerüttelt. Daraus müssen praktisch Konsequenzen gezogen werden, und zwar jetzt schon im Frühjahr und nicht erst im Herbst. Dieser Kongress muss der Anfang einer Bewegung sein, die endlich einmal zu einer Aenderung der Dinge führt, und in dieser Bewegung hat die öffentliche Wirtschaft eine grosse Aufgabe. In Deutschland spielt die öffentliche Wirtschaft eine Rolle wie in keinem andern Land ausser Russland. Sie muss in die Arbeitsbeschaffung eingespannt werden. Grosse Auftragsbestände gilt es für Notzeiten aufzusparen, und ebenso müssen Kapitalreserven für solche Zeiten angesammelt werden. Aufgabe des Kongresses muss es sein, auch hierfür einen Weg zu zeigen, um künftig solchen Notständen, wie wir sie jetzt erleben, vorzubeugen.

Arndt-Dresden schildert überaus anschaulich die furchtbare Not unter der Industriearbeiterschaft Sachsens. Ganze Landstriche, wo kaum 10 Prozent Beschäftigte zu finden sind! Riesenhafte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit! Kein Wunder, dass der Radikalismus sich immer mehr breit machen kann. Der Minister, betonte Arndt, sprach von der Hemmung der Arbeitsbeschaffung durch die politische Unruhe. Umgekehrt kann aber auch die Arbeitsbeschaffung diese politische Unruhe sehr stark beeinflussen: je mehr Arbeit, desto weniger Unruhe! (Sehr richtig) Die Verzweiflung ist es, die den Kranken schliesslich zum Kurpfuscher treibt, wenn er sieht, dass der Arzt sich nicht um ihn kümmert. (Sehr richtig) Gewiss gibt es Ursachen der Not, an denen wir wenig ändern können, die Regierung hat aber auch Fehler gemacht. Ihre Deflationspolitik belastet die Massen so schwer wie eine Inflation. Der Minister sagte, der Lohnabbau habe kommen müssen, weil der Gehaltsabbau unvermeidbar gewesen sei. Das ist noch kein Beweis, dass nicht doch auch ein anderer Weg hätte beschritten werden können. Warum nicht rechtzeitig Arbeitszeitverkürzung statt Lohnabbau? Wir hätten dann wenigstens eine Auflockerung des Arbeitsmarktes erzielt. Auch die Zollpolitik der Regierung ist bestimmt kein Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten in der Lohnfrage. Wir glauben der Regierung gerne, dass auch sie sich um die Arbeitsbeschaffung kümmert. Es kommt aber darauf an, mi

welcher Vordringlichkeit bei ihr die Arbeitsbeschaffungsfrage zur Erörterung steht. Aus Angst vor Inflation darf nicht das unbedingt Notwendige unterbleiben. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. (Starker Beifall im Kongress und auf den Tribünen.)

Tarnow, der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, geht mit der Regierung scharf ins Gericht. Unsere Arbeitsbeschaffungsforderung, so führt er aus, beantwortet man vielfach mit dem Bemerkten, Arbeitsbeschaffung sei doch selbstverständlich, und der Minister sagt, die Regierung werde alles tun, was möglich sei. Hoffen wir, dass der Minister damit sagen wollte, dass die Regierung künftig mehr tun will, als sie bisher in der Arbeitsbeschaffung getan hat, denn sonst würde das Wort des Ministers nicht viel bedeuten. Allen Anschein nach gibt es in der Regierung bestimmte Kreise, die der Arbeitsbeschaffung sehr kühl gegenüber stehen. So ist in Genf, wo Albert Thomas unermüdlich für die Ingangsetzung einer internationalen Arbeitsbeschaffung kämpft, festgestellt worden, dass von der deutschen Regierung keine Pläne für internationale Arbeitsbeschaffung beim Internationalen Arbeitsamt eingereicht worden sind. Man hört, dass Ressortschwierigkeiten die Ursache dafür sein sollen.

Arbeitsbeschaffung ist unbedingt notwendig; denn die Automatik der Krisenüberwindung in der kapitalistischen Wirtschaft ist unterbrochen. Das Bekenntnis gegen Inflation ist noch lange keine Aktivität in der Arbeitsbeschaffung. Gewiss gibt es kein Generalrezept, aber es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffung und für deren Finanzierung. Man darf nicht vergessen, dass die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes auch keine Sicherheit für die Währung darstellt; denn wir stecken in einem sehr labilen Zustand. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, dass aus den bisherigen Erfahrungen Konsequenzen gezogen werden müssen. Die Regierung musste sich wohl oder übel zu starken Eingriffen in die Wirtschaft entschliessen, und es werden noch viel stärkere Eingriffe notwendig sein, wenn die Not bezwungen werden soll. Für uns ist die Arbeitsbeschaffung nicht nur ein Notbehelf, sondern auch ein Anfang, um aus dem Elend des kapitalistischen Systems herauszukommen.

Der sozialpolitische Sekretär des ADGB, Franz Spädi, erinnerte die Regierung daran, dass der Umbau der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt in eine Reichserwerbslosenfürsorge noch immer nicht vorgenommen sei. Die Zeit dränge; denn viele Gemeinden seien am Ende ihrer Kraft.

Die Debatte, an der sich noch Thiemig vom Fabrikarbeiterverband, Quallow, Bezirkssekretär von Ostpreussen, Scheffel vom Einheitsverband der Eisenbahner und Kreuzer vom Landarbeiterverband mit aufschlussreichen Beiträgen zur Arbeitsbeschaffungsfrage beteiligten, wurde von Eggert mit einem scharfen Appell an die Regierung abgeschlossen.

Das Mass ist voll! So rief Eggert der Regierung zu. Die Gewerkschaften übertreiben nicht gerne. Wenn sie jetzt angesichts der steigenden Not erklären, dass das Mass voll ist, dann muss das für die Regierung eine ernste Mahnung sein. Wir werden von neuem bei der Regierung vorstellig werden und unsere Forderungen von neuem eingehend begründen. Unsere Entschliessung zur Arbeitsbeschaffung bedeutet einen Auftrag an den Bundesvorstand, mit neuer Kraft und ohne Unterlass den Kampf um die Arbeitsbeschaffung weiterzuführen.

Die Entschliessung zur Arbeitsbeschaffungsfrage wurde vom Kongress einstimmig angenommen. (Wir veröffentlichen sie im politischen Teil).

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes Schumann schloss den Kongress mit dem Hinweis, dass Kampf um Preussen, nicht zuletzt auch ein Kampf um die Arbeit sei. Nur eine Überwindung des Radikalismus und vor allem des Faschismus schaffe die Gewähr, dass die Gewerkschaften den Kampf um Brot siegreich zu Ende führen.

Kump und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Emil aus dem Wartesaal.¹

SPD. Wartesaal-Emil kann man auf dem Bahnhof kennen lernen. Man muss frohlich etwas mehr Zeit haben als Leute, die nach ihrem Zuge hasten. Man muss auch ein geschultes Auge haben für Existenzen wie Wartesaal-Emil. Er sieht aus wie ein Arbeitsloser, der seinen Sonntagsanzug aufträgt. Er schleppt Koffer und holt Autos heran. Er hat auch schon geklaut und gesessen. Jetzt wartet er auf dem Bahnhof darauf, dass alte Provinztanten sich von ihm ihre Koffer tragen lassen, oder dass einem dicken Onkel mal die Brieftasche aus der Manteltasche guckt, oder dass im Wartesaal ein kleines, dummes Mädchen neben dem Pappkarton einschläft. Das ist Wartesaal-Emil. Die Polizei sieht ihm scharf auf die Finger, und auf der Wachtstube der Bahnhofspolizei heisst es manchmal: "Achtung, Emil ist wieder da." Aber Emil macht nur ganz sichere Sachen. Im übrigen trägt er Koffer, besorgt Autos, studiert Fahrpläne und trinkt im Wartesaal eine Molle. Man kann ihm eigentlich nichts nachsagen.

Ein Kriminalbeamter zeigt mir den Wartesaal-Emil. "Da steht er."

"Guten Abend," sage ich. "Ich freue mich, Sie kennen zu lernen."

Emil sieht mich etwas verständnislos an. Dann geht ein Lächeln über sein Gesicht. "Ah, Sie sind von der Zeitung und wollen mich interviewen. Das kostet was," meint er. "'ne Molle und 'n paar Zigaretten."

Wir gehen in den Wartesaal dritter Klasse. "Det Jeschäft jehet man mies," beginnt Emil nach dem ersten Schluck. "Alles passt heute auf. Ueberall werden se vor unsereenen jewart. Son Dorfmächen mit 'n Pappkarton is heute schon 'ne harte Nuss für uns. Jeberall wittern se Jefahr, und det Jebrije vermasselt uns die Bahnhofsmision. Mit 'n Schlächter aus Buxtehude hier im Wartesaal zechen und dann wohin jehen, in 'n nettes Lokal, det is lohnender."

Emil sieht sehr gedankenvoll aus.

"Sehen Se," fährt er fort. "da drieben sitzt eene mit 'n Vulkanfibrkoffer. Alle zwee Minuten schaut se, ob er noch da is. Wie würden Sie, Herr... Herr..... Kollege, - wie würden Sie denn zu den Vulkanfibrkoffer kommen?"

Ich denke angestrengt nach. "Also," sage ich nach einer Weile, "ich würde mich an ihren Tisch setzen, mit 'ner höflichen Verbeugung, versteht sich: "Ist es gestattet?" Ich würde so tun, als ob ich auch auf der Durchreise wäre, und würde mit ihr ins Gespräch kommen. Ich müsste erfahren, mit welchem Zuge sie fährt, und müsste freudig ausrufen: "Ah, sowas, das ist ja auch mein Zug!" Dann würden wir zusammen an den Zug gehen: "Darf ich Ihren Koffer tragen?" Immer Kavalier. Mit der Bahnsteigkarte käme ich auf den Perron und verschwände im Gedränge mit dem Vulkanfibrkoffer.."

Emil sieht mich nachdenklich an. "So leicht is det nich, aber Sie haben keene schlechte Veranlagung nich. Einmal können se sowat machen. Aber wenn Se so bekannt sind wie ich?"

"Es ist eben ein schwerer Beruf!" gebe ich zu.

"Na ja," sagt Wartesaal-Emil. "Im Iebrijen is meine Hauptbeschäftigung uff 'n Bahnhof schliesslich Koffertragen und Autoranholen. Ich hab' schon lange keine gute Jelegenheit mehr jehabt. Voriye Woche hab' ich mich hier mit 'n Reisenden verbriedert, der 'ne dicke Brieftasche hatte, aber es is nischt draus jeworden. Der Schupo hat mir den Betrunkenen wohlwollend abgenommen. Leider zu früh."

"Pech!" sage ich.

"Das letztemal hab' ick 'ne Aktentasche jeklaut, aber da war nur 'ne Butterstulle drin..."

"Aber wovon leben Sie denn?" frage ich entsetzt, "wenn das Geschäft so flau ist?"

Da lächelt Wartesaal-Emil geheimnisvoll: "Wissen Se, armen Mächens olle Pappkartons mit 'n paar bunte Fähnchen drin und 'n Bild vom Liebsten klauen, det is keene Kunst. Ick jehe man hier bloss so aus Langeweile un zur Abwechslung her, un damit de Polezei weess, det ick wieder da bin. Sonst haben se ja keene Ruhe nich....."

K.R.Neubert.

"Tiere, Menschen und Götter."X

SPD. Die im Tierpark Stellingen untergebrachten Tiere sollten im vorigen Jahr auch einmal Sommerurlaub haben, und es wurde eine Liste angelegt, um nach dem Dienstalder, dem Wert und der Würdigkeit jedes Tiers die Urlaubsdauer zu bestimmen, denn man hielt es für ungerecht, beispielsweise einem kleinen Affen den gleichen Urlaub zu gewähren wie einem grossen Kamel. Nach langem Beraten einigte man sich, und als erster fuhr der alte Mähnenlöwe auf vier Wochen zu seinen Verwandten in Afrika. Ihm folgten die anderen Raubtiere. Als die letzten Tiere ihre Urlaubsreise antraten, kehrten die ersten bereits in ihre Käfige zurück. Lediglich der Esel bat um Nachurlaub von vierzehn Tage da er in Heidelberg sein Herz verloren hatte und nun glaubte, die Liebe höre nimmer auf. Wochenlang erzählten sich die Tiere ihre Erlebnisse. Einige davon sollen im folgenden zum besten gegeben werden.

+ + +
"Denkt euch nur," erzählte das Murmeltier, "in Wien bin ich in mehreren Kinos gewesen, aber überall war es so langweilig, dass ich geschlafen habe! Beim besten Willen konnte ich weder lachen noch weinen. Meinen Verwandten, die bei einem richtigen Minister wohnen, erzählte ich meine traurigen Erfahrungen. Der Minister hörte zu, als ich sagte, dass man nirgends besser als im Kino schlafen könne, und was erwiderte er?...Nun, er sagte: Teures Tierchen, da kennen Sie mein Amtszimmer nicht!"

+ + +
Das Krokodil war die Elbe aufwärts geschwommen, über Wittenberg und Meissen bis nach Dresden. Dort lag es viele Abende am Ufer, in der Nähe der ehemaligen Gardereiterkaserne, und weinte.

"Warum weinst du?" fragte ein Frosch.

"So viel habe ich gehört von den stattlichen Reitern, die hier ihre Pferde in die Schwemme reiten, und nun kommt kein einziger mehr. Die gute alte Zeit ist versunken. Deshalb liege ich da und weine..."

"Aber es sind doch Krokodilstränen, die du vergiesst!" bemerkte vorwitzig der Frosch.

"Als ob es andere Tränen über die gute alte Zeit geben könnte!" heulte das Krokodil. "Aber bei mir allein, ausgerechnet bei mir bemerkt man es!"

+ + +
Der junge Mandrill holte sich bei einem berühmten Herrenschnneider einen Frack und begab sich geradeswegs zur Ufa nach Neubabelsberg. Es konnte, da er glänzend aussah, nicht fehlen, dass er sofort dem Produktionsleiter vorgestellt wurde.

"Sie wollen zum Tonfilm?" fragte der Chef wohlwollend.

"Ich hab' desderwegen schon extra nischt gelernt!" erwiderte der Mandrill. Daraufhin verwies man ihn zu Professor Reinhardt.

"Um Sie verpflichten zu können," sagte Reinhardt, "müssten Sie zum mindesten viel schlechter Deutsch sprechen!"

+ +

"In Hamburg stiegen zwei Herren zu mir ins Abteil," erzählte das Zebra. "Der eine trug eine Hakenkreuznadel in der Krawatte, der andere hatte eine Blechmarke mit Sichel und Hammer am Rockaufschlag. Sogleich fingen die beiden Herren lebhaft zu streiten an; der Streit artete während der Fahrt in Tätlichkeiten aus, und ich musste leider zusehen, wie die beiden Herren sich ohrfeigten. Nachdem der eine wie der andere genug hatte und atemlos auf seinen Platz sank, wurde ich von beiden gleichzeitig gefragt, wer recht habe. Ich äusserte höflich, vor kurzem in Stellingen gehört zu haben, die Radfahrer seien an allem schuld. Darauf fragte der eine: "Wie es scheint, kümmern Sie sich überhaupt nicht um Politik!"

"Sie haben recht, mein Herr," sagte ich. "Sie belieben mich zu verwechseln. Ich bin ein Zebra und kein Kamel!"

+ + +

Das Rhinoceros ging auf einige Wochen nach Afrika und schwamm den Nil hinauf. In Kairo sah es König Fuad, der gerade von seiner Deutschlandreise zurückgekommen war. "Es lebe der König!" schrie das Rhinoceros ergebenst und riss das Maul gewaltig auf. Der König fühlte sich geehrt; sein Herz erschrak in Freuden; stolz ging er auf das Rhinoceros zu, um ihm für die Ovation, die er während der zehn Jahre seiner Regierung in Kairo noch nie erlebt hatte, huldvoll zu danken. Als jedoch das Rhinoceros erklärte, in Stellingen zu Hause zu sein, senkte sich des Königs Stolz, und er sagte traurig: "Ach so, ein deutsches Rhinoceros!...Schade!"

Martin Richard Möbius.

Beratungsstelle für Auswanderer. X

SPD. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, unter deren Druck Deutschland seit dem Kriegsende leidet, haben das Problem der Auswanderung in nie gekanntem Masse verschärft. Bedenkt man, dass jährlich nicht weniger als annähernd 60 000 Deutsche sich gezwungen sehen, nach Ueberseeländern auszuwandern (davon 44 000 allein nach U.S.A., 4 000 nach Kanada, 5 000 nach Südamerika und etwa 7 000 nach den anderen Erdteilen), um sich dort ein neues Heim, eine neue Existenz zu gründen, dann ist es nur selbstverständlich, dass das neue Deutschland, das allen seinen Bürgern die Auswanderungsfreiheit verfassungsmässig gesichert hat, auch genügend Sorge dafür trägt, dass die Auswanderungslustigen nicht der Ungewissheit oder ihren eigenen Phantastereien zum Opfer fallen. So entstanden die staatlichen Auskunftsstellen, die vor etlichen Jahren durch eine Sparmassnahme des Reichssparkommissars in "gemeinnützige öffentliche Auswandererberatungsstellen" umgewandelt wurden. In 17 grossen Städten Deutschlands bestehen solche Beratungsstellen, die alle der Beratungsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin unterstellt sind.

Die Berliner Beratungsstelle ist im alten Westen in einem Privathaus untergebracht. Bescheiden, wie es einem gemeinnützigen Institute ziemt, hat sie nur wenige Zimmer im ersten Stock des Hinterhauses inne und verzichtet trotz der manchmal allzu hohen Frequenz der Ratsuchenden darauf, einen grossen bürokratischen Apparat zu unterhalten. Zwei weibliche Angestellte versehen die Büroarbeiten, während die eigentliche Beratung vom Leiter der Beratungsstelle und von einem zweiten Herrn geführt wird. Reiche Erfahrung, umfassendes Wissen und Liebe zur Sache befähigen sie dazu.

Die Beratung, die täglich zwischen 9 und 1 Uhr Vormittags stattfindet, ist keine leichte Arbeit. Jeder Besucher, jeder Auswanderungsplan wird einzeln geprüft und individuell behandelt. Oft gilt es dabei, Schwärmer von ihrem Optimismus zu heilen, fern von Sentimentalität die Verhältnisse so zu schildern, dass der Ratsuchende ein klares Bild der Situation erhält, der er nach

der Auswanderung gegenüberstehen würde. Es liegt in der Natur der Sache und im gegenwärtigen Stande der Verhältnisse, dass die Beratungsstelle meistens zu einer Abratungsstelle wird. Denn, wenn die Frage der Besucher lautet: Was raten Sie; könnte man in diesem oder jenem Land Arbeit oder Existenz finden? - so müssen die Berater die Fragenden nüchtern darüber aufklären, dass auch in diesem Lande der Sehnsucht nicht nur Milch und Honig fliesst, und wenn man ohne Geld auswandert, wie es fast immer der Fall ist, so könnte man auch dort kaum leichter auf einen grünen Zweig kommen, als wenn man in Deutschland bliebe.

Wie not es tut, diese Beratungsstellen aufrechtzuerhalten, beweist ihre grosse Inanspruchnahme. (Jährlich wird nicht weniger als etwa 6000 Personen Auskunft erteilt.) Die Zahl der Besucher hängt sehr von der Jahreszeit ab und ist selbst an den einzelnen Wochentagen ganz verschieden. Am grössten ist die Auswanderungslust im März, April und Mai, und mit Recht sucht das Forschungsinstitut für Auswanderungswesen zwischen ihr und dem Beginn des schönen Wetters einen gewissen Zusammenhang. Auch dass am Montag und Dienstag die Beratungsstelle die meisten Besuche aufweisen kann, findet eine interessante Erklärung: Man muss sich vergegenwärtigen, dass die meisten Menschen erst am Sonnabend und Sonntag dazu kommen, Pläne zu schmieden, Familienräte abzuhalten und sich zu neuen Unternehmungen aufzuschwingen. Montags und Dienstags soll dann die Beratungsstelle ihre Pläne gutheissen, ihre Träume bestätigen.

Zwei Kategorien der Ratsuchenden - die eine, weil sie am häufigsten vorkommt, die andere, weil sie am interessantesten erscheint - sollen hier genannt werden. Zur ersten gehören diejenigen, die mit der Einleitung beginnen: "Ich las in der Zeitung Soundso einen Artikel darüber, wie fabelhaft die Verhältnisse im X-Lande wären, und wie sehr dort die Deutschen geschätzt werden. Was halten Sie davon, nach diesem Lande auszuwandern?" - Zur zweiten Kategorie gehören die Abenteurer und Phantasten. Zweifellos üben die vielen Reiseberichte der Zeitungen, die oft einseitig und flüchtig die Verhältnisse eines fremden Landes schildern, einen gewissen Druck auf den Erlebnisdrang der Leser aus, alles für bare Münze nehmend, sehr rasch den Plan fassen, nach dem gelobten Land zu ziehen. Da wird ihnen aber an Hand eines reichen Materials dargelegt, wie dort die Verhältnisse in Wirklichkeit aussehen. Das kleine Archiv der Beratungsstelle vermag über alle Fragen, selbst in den kleinsten Details, Aufschluss zu geben, da die Beratungsstelle über die Arbeitsmöglichkeiten und Lebensbedingungen in allen Ländern teils durch die ausländischen diplomatischen Vertretungen, teils durch eingehende Nachforschungen der Reichsstelle für Auswanderungswesen und gewissenhaft geprüfte Berichte der deutschen Kolonisten und Vereinigungen der Auslandsdeutschen regelmässig mit Material versehen wird. Diesem Zwecke dient auch das "Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen", ein Halbmonatsorgan, das über alles Wissenswerte der Auswanderungsfrage auf dem laufenden hält und den Auswanderungslustigen mit Berichten aus aller Welt wertvolle Informationen erteilt, die zu berücksichtigen für alle Auswanderer von grösster Wichtigkeit ist.

Andre Abenteuerlustige wollen sich hier zu ihren phantastischen Projekten Rat holen. Einer legte einmal lang und breit dem Leiter der Beratungsstelle ein Projekt vor, die Sahara zu kolonisieren. Seiner Meinung nach fehlt es dort nur an Bäumen, die, wenn sie vorhanden wären, regelmässige Niederschläge hervorrufen würden. Man müsste daher die Anpflanzung von Bäumen ganz systematisch vornehmen, sie zuerst an den Grenzen der Sahara, dort, wo der fruchtbare Boden aufhört, in Angriff nehmen und sie nur allmählich gegen das Innere der Wüste zu ausdehnen. - Ein anderer plante, auf den Galapagos-Inseln eine Verbrecheransiedlung zu gründen und durch sie die aus der menschlichen Gesellschaft Ausgestossenen zur nützlichen Arbeit zurückzuführen. - Ein Dritter erinnerte sich, dass einst der Südpolforscher Ross in der Nähe von Neuseeland ein neues Land entdeckt hatte, das nach ihm den Namen Rossland erhielt. Angewidert von der Zivilisation, wollte er sich dort in idealer Einsamkeit ansiedeln und

fragte bei der Beratungsstelle an, wie man dorthin gelangen könnte. - Auch solche Phantasten tauchen immer wieder auf, die in Gemeinschaft von Freunden und deren Familien in fernen unkultivierten Ländern auf gemeinnütziger Basis Genossenschaftsgründungen planen, und die sich nur schwer durch Darlegung der ungeheuren Schwierigkeiten einer solchen Gründung von ihrer Idee abschrecken lassen. In der Mehrzahl jedoch kommen schwer heimgesuchte Menschen, meist aus den besseren Ständen, entschlossen, mit ihren letzten Groschen ein neues Leben anzufangen, oder Leute, die viel gesuchten Berufen angehören, mit festem Vertrag in der Tasche und guten Aussichten in der neuen Heimat, zur Beratungsstelle. Bei ihnen erfolgt dann wirklich eine Beratung. Die letzten Anweisungen werden gegeben, Vorsichtsmassregeln werden empfohlen, Ortsverhältnisse werden eingehend geschildert. Die Ratsuchenden werden mit gedrucktem Informationsmaterial versehen und, indem man ihnen einen Vertragsentwurf in die Hände drückt dessen Gründlichkeit die Auswanderer gegen alle Gefahren feien soll, über die Tücken von Vertragsabschlüssen aufgeklärt.

So erfüllen diese Beratungsstellen eine höchst wichtige Mission, die Beachtung und Unterstützung selbst solcher Kreise verdient, denen auch hiesulande Heim und Existenz gesichert sind.

Nikolas Aranyosi.

Frühling hinter Gittern.^x

SPD. Die junge Frühlingssonne zwängt sich durch das schmale Zellenfenster in den kahlen Raum und wirft goldig schimmernde Reflexe auf die Wand. Am Tisch in der Zelle des grauen Hauses mit den vergitterten Fenstern sitzt irgend einer im braunen Kittel und klebt Tüten. Eine nach der anderen. Immer wieder der gleiche Handgriff. Es geht schon ganz mechanisch; man kann den Denkkapparat dabei ausschalten oder mit den Gedanken anderswohin fliegen. Die Hände machen inzwischen die einfachen Handgriffe weiter, fast maschinenmässig. Kleister aufstreichen, Futter anklaben, das Ganze zur Hülse falzen, nochmals kleistern und kleben, Boden umbrechen und wieder kleistern. Der Stoss fertiger Tüten neben dem Mann im braunen Kittel wächst höher und höher. Hundert, zweihundert, dreihundert Tüten....

Die Sonne steigt höher, wird wärmer. Jetzt fallen die Lichtreflexe mitten auf den Tisch, spielen auf den mechanisch bewegten Händen, klettern dann langsam an dem Stoss fertiger Tüten hoch, jede Stunde ein Stück weiter. Der Mann im braunen Kittel setzt ein wenig aus mit der Arbeit, schaut auf die goldhellen, lichten Kringel, die die Sonne auf Tisch und Papiertüten wirft. Seine Gedanken wandern hinaus in die Welt jenseits der grauen Mauern und vergitterten Fenstern.

Jetzt wirds doppelt schwer, hier zu sitzen in der engen Zelle bei der eintönigen Tütenarbeit. Er ist noch jung. Irgendein leichtsinniger Streich hat ihn in dies Haus gebracht. Die Paragraphen sind unerbittlich; er bekam eine harte Strafe. Und jetzt, wenn die Sonne wieder höher steigt und wärmer wird, wenn draussen langsam die Welt sich wieder mit Grün schmückt, da wächst die Sehnsucht nach der Freiheit. Als man sie besass, wusste man dies wertvolle Gut nicht zu würdigen. Erst der Verlust lässt den wahren Wert des Verlorenen erkennen. Niemals empfand er das stärker als gerade jetzt, da zum erstenmale seit seiner Strafzeit die Sonne sich wieder zu ihrer Frühjahrs- und Sommerlaufbahn anschickt.

Ein schrilles Glockenzeichen schreckt ihn aus seiner Gedankenverlorenheit auf. Riegel werden knallend aufgeschoben, Zellentüren öffnen sich.

"Antreten zum Spaziergang!" hallt eine laute Stimme durch den Zellenbau. Die Zelleninsassen treten vor die Türe. Jeder einzelne wird abgestreift,

ob er irgend etwas Verbotenes in der Tasche hat, Waffen, Werkzeuge, Kassiber. Dann geht's die Eisentreppe hinunter. Fünfzig Paar schwere Rindlederschuhe klappern auf der Treppe. Die Türe zum Hofe wird aufgestossen. Heller Lichtschein dringt in den düsteren Flur. Dann treten die ersten in den Hof.

Auf der einen Seite ragt der graue Bau mit den vielen kleinen Gitterfenstern hoch. Drei Mauern schliessen den Hof auf den andern Seiten ein. Ein Weg schlingt sich oval um eine Rasenfläche. Die Gefangenen gehen mit schweren Schritten im Kreise. Einer hinter dem andern. Drei Schritte Abstand. Die Aufseher achten darauf, dass diese Ordnung genauestens eingehalten wird.

Ein paar Goldammern sitzen auf dem Mauerrande und locken mit ihrem Gezwiseher. Stolz zeigen sie ihren gelben Brustfleck. Ueber die Mauer hinweg sieht man weit drüben einen Hügel ansteigen. Hoch oben auf dem Gipfel flattert eine Fahne. Daneben steigt eine Rauchsäule hoch. Irgend eine Wandergruppe mochte dort Rast halten und abkochen. Durch die laue Luft trägt ein leichter Wind Bruchstücke eines Liedes herüber in den Hof, wo die braunen Männer im Kreise gehen.

Der Himmel ist heute klar. Noch ein wenig blassblau, aber kein Wölkchen ist weit und breit zu sehen. Man spürt die Sonne schon deutlich durch den dicken braunen Kittel.

Stumm gehen die Männer im Kreise. Das Sprechen ist verboten. Die Gedanken wandern über die Mauer hinweg, wenn auch die Blicke zu Boden gesenkt sind.

Plötzlich klingt ein Habichtsschrei auf und unterbricht das eintönige Geklapper der schweren Schuhe auf dem zementierten Wege im Hofe. Die Männer in den braunen Kitteln heben die Augen ins Blaue. Hoch oben sehen sie zwei Habichte schweben. Im Rundgehen verfolgen sie das Spiel der Vögel, den Kopf weit zurückgeneigt. Die Augen bekommen Glanz; der leere Blick belebt sich. Gedanken werden wach und huschen unsichtbar von einem zum andern. Gedanken voll Sehnsucht, frei zu werden von der drückenden Enge, so frei wie die schwebenden Vögel da oben...
Fix.

Das neue Planetenrätsel.^x

SPD. In der letzten Zeit sind häufig Nachrichten durch die Zeitungen gegangen, nach denen ein oder mehrere transneptunische Planeten, also Wandelsterne, die noch hinter dem Neptun oder gar dem Pluto um die Sonne kreisen, entdeckt worden sein. Diese Mitteilungen waren jedoch in keinem Falle zutreffend. Auch kürzlich ging erst wieder die Notiz durch die Presse, dass auf einer belgischen Sternwarte ein Himmelsobjekt entdeckt worden sei, das vermutlich als der zehnte Grossplanet, also als ein Transpluto betrachtet werden müsse. Die an die einzelnen Sternwarten gelangten Nachrichten lassen aber erkennen, dass es sich höchstwahrscheinlich nicht um einen Planeten jenseits der Bahn des Pluto handelt.

Das neu entdeckte Gestirn wurde in der Nacht vom 12. zum 13. März von dem Astronomen E. Delporte, der durch zahlreiche Planetoidenentdeckungen bekannt geworden ist, bei einer photographischen Himmelsaufnahme auf der belgischen Sternwarte zu Ukkel aufgefunden. Das Objekt hat eine ausserordentlich schnelle Bewegung. Es stand bei seiner Entdeckung in der Nähe des Sterns Beta in der Jungfrau und lief täglich mehr als 2 Grad in nordöstlicher Richtung. Merkwürdig ist die beobachtete Helligkeitsschwankung dieses Gestirns. Bei seiner Auffindung entsprach seine Helligkeit ungefähr der 9. Grössenklasse. In den folgenden Tagen zeigte sich jedoch eine bedeutende Abnahme der Helligkeit, sodass der Helligkeitsverlust schon in 5 Tagen nahezu 4 Grössenklassen betrug. Nach den beobachteten Erscheinungen musste es sich bei diesem Objekt entweder um einen Kometen oder um einen kleinen Planeten jener zwischen Mars und Jupiter

kreisenden Planetenfamilie handeln. Das Aussehen des Gestirns war freilich vollkommen sternartig, und bis jetzt ist weder ein Schweifansatz noch eine Nebelhülle zu erkennen gewesen. Die Auffassung, dass es sich hierbei um einen Kometen handeln könne, hat man deshalb aufgegeben. Man glaubt eher, dass es sich bei diesem Wandelgestirn um einen neuen Planetoiden handelt, der sich bei seiner Auffindung in ungewöhnlicher Erdnähe befand. Entscheidendes kann hierüber aber erst gesagt werden, wenn die Berechnung der Bahn dieses Gestirns fertiggestellt ist.

Goethevolksfest in Weimar.

SPD. Die Weimarer Goethewoche zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass von ihren sämtlichen Veranstaltungen die breiten Massen des Volkes völlig ausgeschlossen blieben. Da das offizielle Goethekomitee versagte, so hat jetzt erfreulicherweise die Weimarer freie Volksbühne es sich angelegen sein lassen, ein Goethe-Volksfest grossen Stils vorzubereiten. Dies Fest soll am 4. und 5. Juni stattfinden. Nach einem gemeinsamen Mittagessen - für auswärtige Gäste wird Quartier bereit gestellt - findet am Nachmittag eine Festaufführung des "Egmont" im Deutschen Nationaltheater mit der Musik von Beethoven statt. Darauf folgt eine Nachtmusik im Schloss und Park von Belvedere. Am Sonntag, den 5. Juni, wird eine Morgenfeier in der Weimarahalle veranstaltet, bei der Julius Bab (Berlin) die Festrede halten wird. Danach wird am Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Nationaltheater ein Kranz niedergelegt. Am Nachmittag erfolgt ein Kostümfestzug und eine Wanderung nach Tiefurt. Dort wird "Das Jahrmarktsfest von Plundersweilern" gespielt, das auch von Goethe seinerzeit für das Nationaltheater gedacht war. Den Abschluss bilden Abends ein Fackelzug durch die Stadt zum Goethe-Schiller-Denkmal, eine Ovation vor dem Hause Goethes am Frauenplan und eine Feier vor dem deutschen Nationaltheater.

Hervorgehoben sei, dass, um den Charakter des frohen Festes volkstümliche Art zu wahren und die feierliche Form vornehmer Gesellschaftsveranstaltungen auszuschliessen, ausdrücklich auf dem Programm angegeben wird, dass als Festkleidung "Feierliches Schwarz, Gehrock, Smoking, Cut, Zylinder vollständig ausschaltet". Es kommt als Festtracht nur helle, leichte Sommerkleidung in Betracht. Für auswärtige Mitglieder der freien Volksbühne beträgt der Preis für alle Veranstaltungen einschliesslich der Besichtigung der Goethe-Erinnerungsstätten 3 Mark für eine Festkarte. Nur die Aufführung des "Egmont" im Nationaltheater ist hier nicht einbegriffen; für sie sind Plätze für 3, 2 und 1 Mark verfügbar. Quartiere sind in drei Preislagen vorhanden; auch billige Massenquartiere sind vorgesehen. Nähere Auskünfte erteilt der Vorsitzende der freien Volksbühne, Regierungsrat Töpfer, Weimar, Sedanstrasse 11, ebenso das Europäische Reisebüro, Weimar, Bürgerschulstrasse 5. Sammelanmeldungen Auswärtiger werden bis zum 1. Mai dorthin erbeten.

SPD. Die Fluthöhe der Binnenmeere.^x Nicht nur die offenen Gewässer, sondern auch die Binnenseen und Meerbusen zeigen eine, wenn auch nur ganz kleine Gezeitenbewegung. So hat die Ostsee z.B. zwischen 5 und 70 Millimeter Flut, und zwar bei Kiel 70 Millimeter, bei Arkona 20, bei Swinemünde 18 und bei Memel 5 Millimeter. Das Mittelländische Meer hat eine Flut zwischen 20 und 90 Zentimeter, das Adriatische Meer zwischen 6 und 60 Zentimeter und der Michigansee zwischen 3 und 7 Zentimeter.
